

Lohnungerechtigkeit im Südharz-Klinikum gGmbH



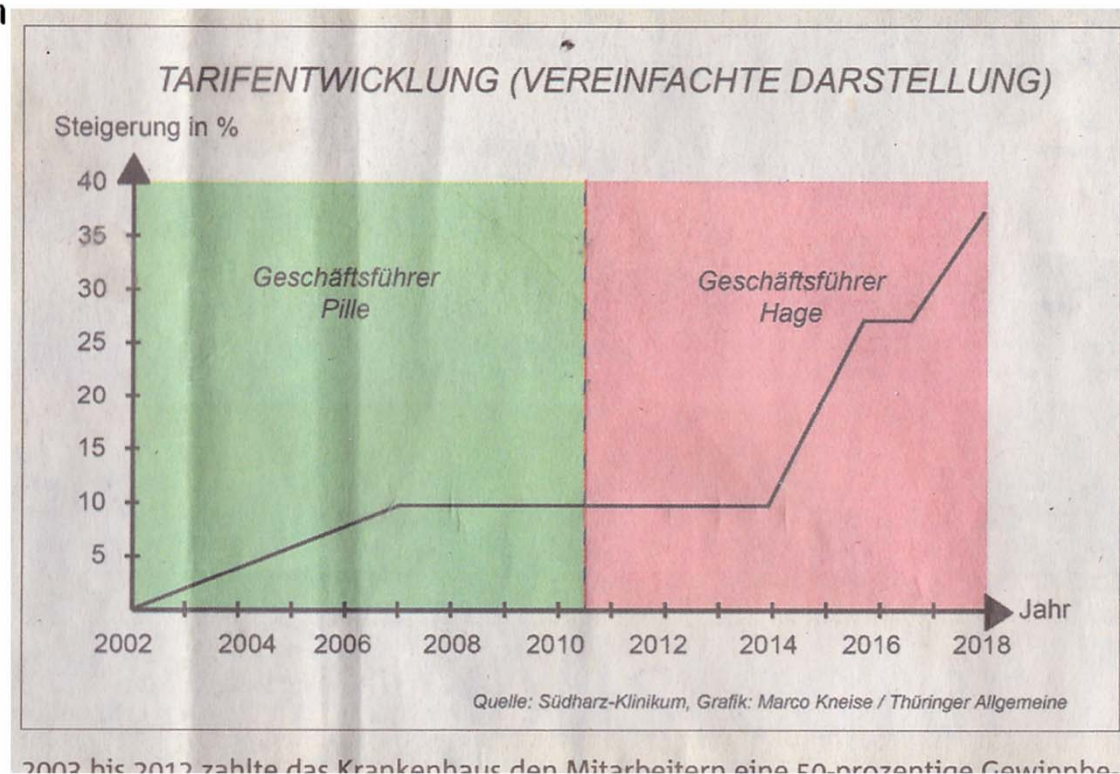
Antrag der FDP-Fraktion: „Gerechte Entlohnung der Mitarbeiter des Südharz-Klinikums“

Der Stadtrat der Stadt Nordhausen möge beschließen:

Die Stadt Nordhausen als Gesellschafter der „Südharz Klinikum Nordhausen gGmbH“ fordert von der Gesellschafterversammlung die Umsetzung folgender Punkte:

- Sofortige Angleichung der bislang geringer entlohnnten Mitarbeiter der Brücke an den Haustarifvertrag des SHK (einheitlicher Haustarif für alle)
- Unabhängige Prüfung der Bilanzen der Jahre 2010-13 im Hinblick auf Rechtmäßigkeit der Gewinnausschüttungen und der Notwendigkeit der Rückstellungen für Alterssicherungen
- Sofortige Wiedereinführung der Gewinnbeteiligung für nichtärztliche Mitarbeiter gedeckelt auf TVöD-Niveau

Die Darstellungen der Geschäftsführung



Der Streik hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen!

Wir haben bewiesen, dass es sich lohnt, gemeinsam für gute Entlohnung zu kämpfen.

Am 16.10.2013 fand die 6. Tarifrunde mit der Geschäftsleitung statt. Nachdem es erst so aussah, als würde wieder kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden, hat die Geschäftsführung noch während der laufenden Mitgliederversammlung ein erneutes, verändertes Angebot vorgelegt.

So sieht das Angebot jetzt aus, welches wir Euch heute zur Abstimmung stellen wollen:

Datum der Steigerung	Bereich Krankenhaus	Bereich Betreuung (Brücke)
2013		
01.12.2013	6,5 %	6,5 %
01.12.2013 Einmalzahlung*	800,- € (Azubi 100,-€)	800,00 € (Azubi 100,-€)
01.02.2014 Tabellenüberleitung**	ja	ja
01.08.2014	3,0 %	---
01.12.2014	1,0 %	1,0 %
01.03.2015	2,0 %	---
01.09.2015	1,5 %	---
Zwischensumme	14,0 %	7,5 %
*Einmalzahlung entspricht durchschnittlich	4,0 %	4,0 %
** Überleitungsgewinn durchschnittlich	2,0 %	2,0 %
*** zusätzlicher Dynamisierungsgewinn	ca.2,0 %	ca.2,0 %
prozentuale Gesamtsteigerung	22,0 %	15,5 %
abzgl. durchschn. Gewinnbeteiligung	- 4,5 %	- 4,5 %
Gesamtergebnis	17,5 %	11,00 %

** Diese fällt bei jedem Beschäftigten unterschiedlich aus (individuelle Berechnung).

Das muss bei einer Gesamtbewertung mit berücksichtigt werden!

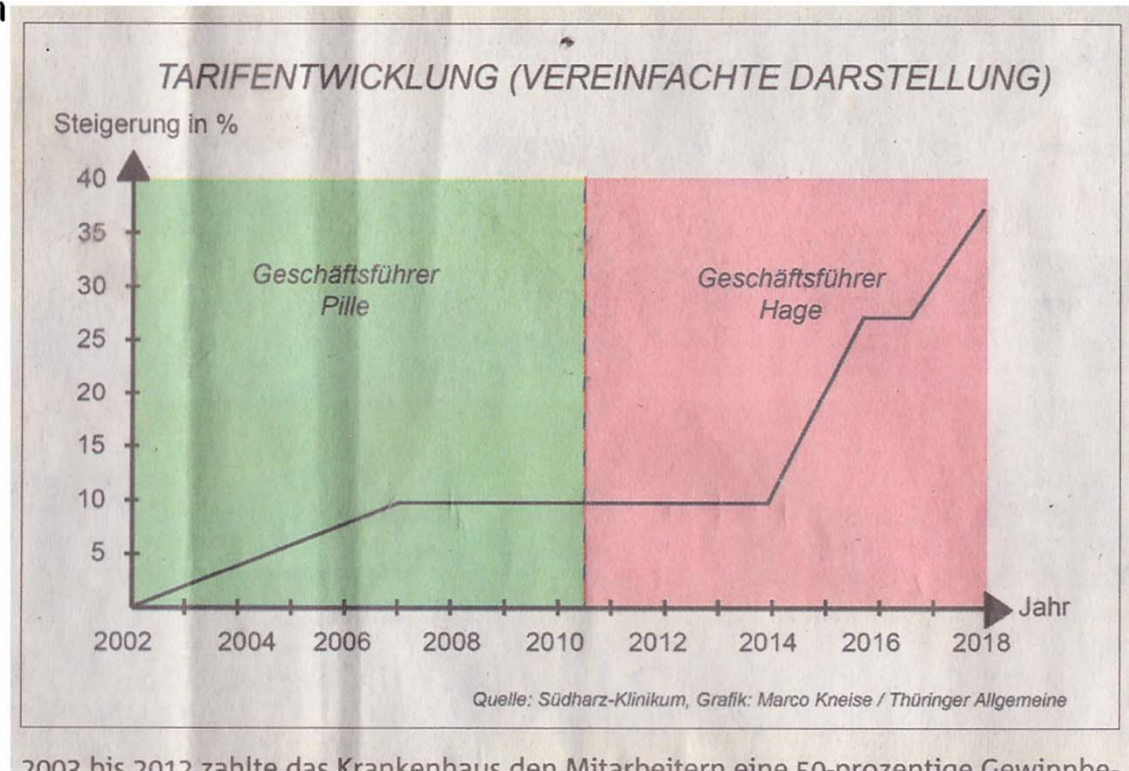
*** Da jede Steigerung sich auf das bereits vorher erhöhte Entgelt bezieht, ist der tatsächliche Zugewinn höher zu bewerten. (Dynamisierung)

17. Oktober 2013

Die Ausgangslage im SHK:

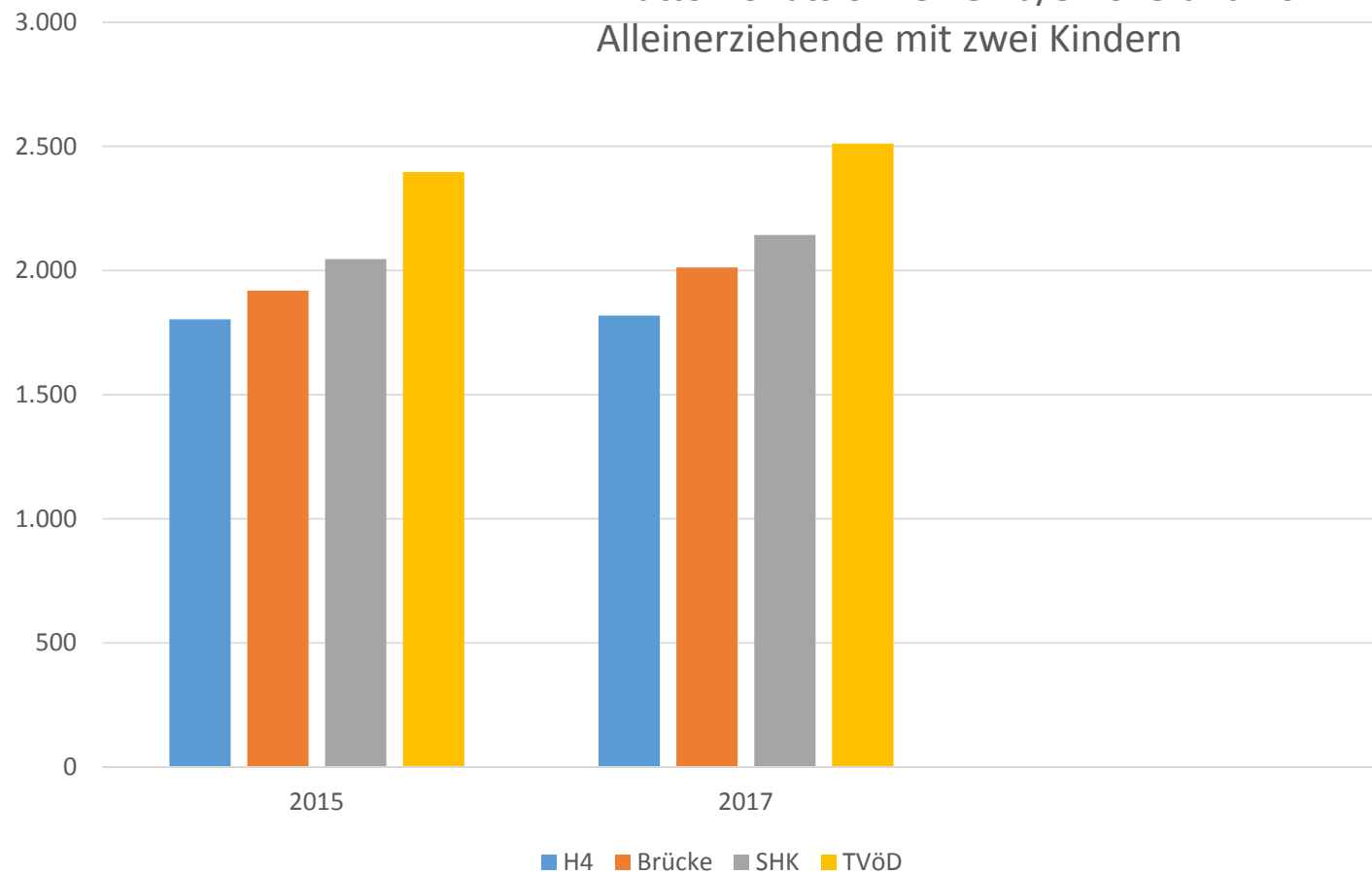
- Die Träger (Stadt und Landkreis) haben bis heute keinen einzigen € in das SHK investieren müssen
- Mit Einführung der Fallpauschalen musste das SHK von 2003 bis 2009 sich an den landesweiten Basisfallwert nach unten anpassen und erhielt somit weniger Geld. Ein notwendiger, neuer Haustarif führte zu Lohnverzicht, gewährte dafür aber 50% Gewinnausschüttung in der Zukunft als Ausgleich.
- Die letzte Gewinnausschüttung erfolgte für 2012 im Jahr 2013 in Form einer pauschalen Einmalzahlung von 800 € (im Widerspruch zum Haustarif =1750 €)
- Ab 2009 machte das SHK folgende Gewinne in Mio €: 2009: 6,5; 2010: 3,5; 2011: 4,7 (9,7/14,5); **2012: 6,1; 2013: 9,5; 2014: 8,5; 2015: 5,8**

Die Darstellungen der Geschäftsführung sind falsch:

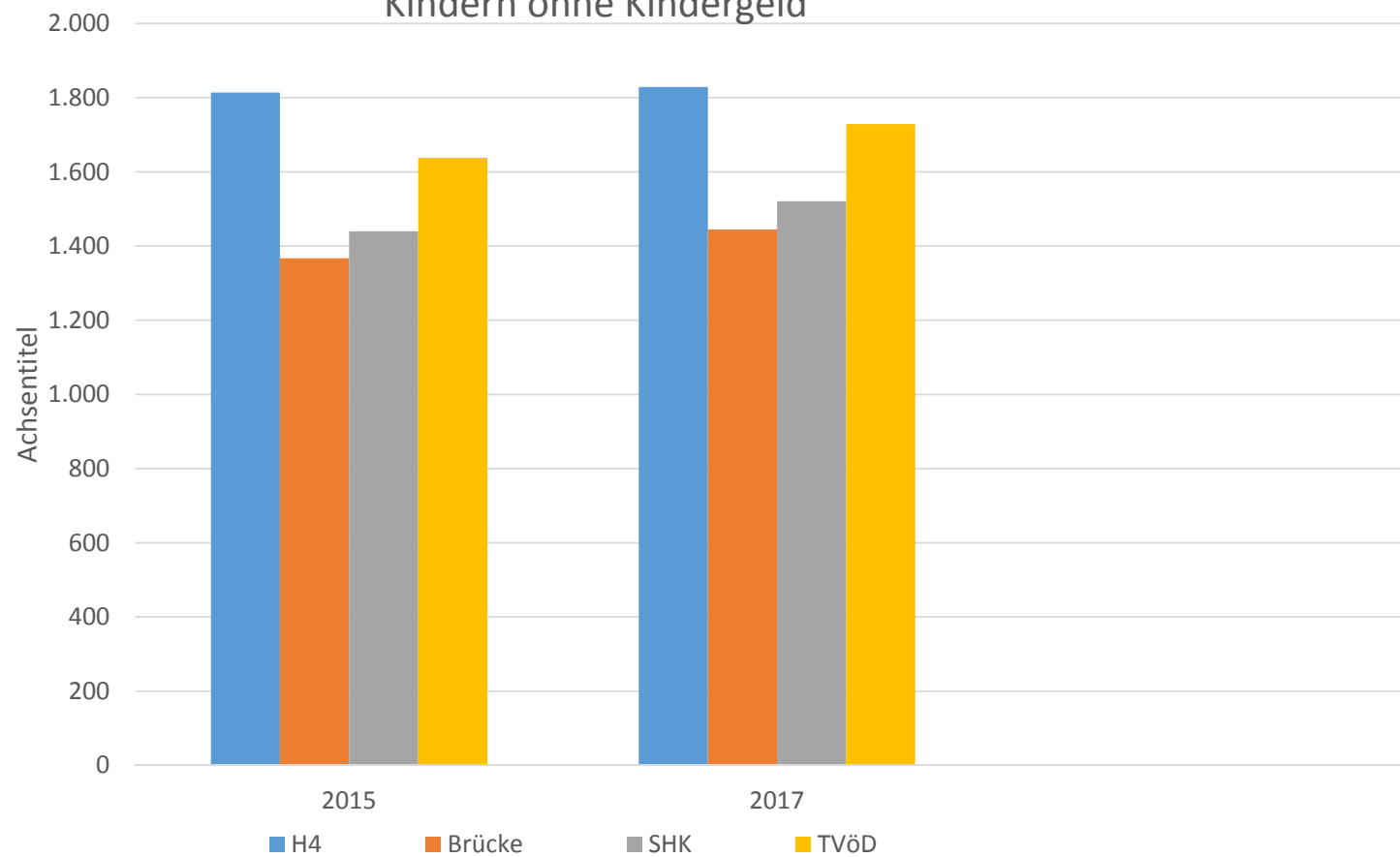


- Keine Ausweisung der Gewinnbeteiligungen von Millionen € von 2002-2012
- Von 2014 – 2016 hat es keine Tarifierhöhung von 17 % gegeben
- Von 2017-2018 wird der Lohn nicht um 10% steigen
- Es findet keine Annäherung an den TVöD statt, sondern eine Entfernung
- Von 2007 bis 2013 (0,5%) hat es gar keine Tarifierhöhung gegeben. Da seit 2013 keine Gewinnbeteiligungen mehr gewährt wurden, ist dies ein erheblicher Reallohnverlust.

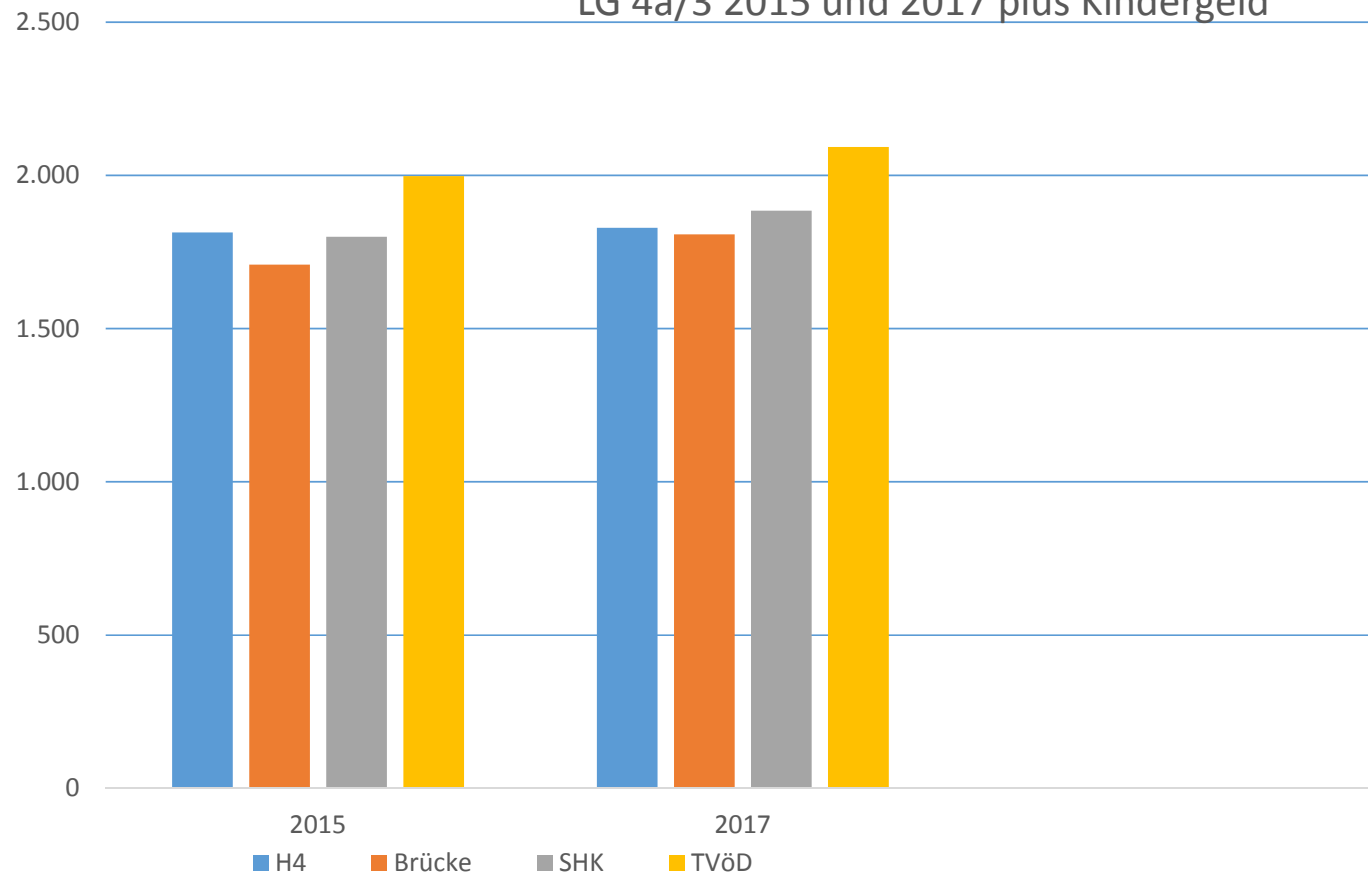
Bruttomonatslöhne LG 4a/3 2015 und 2017 Alleinerziehende mit zwei Kindern



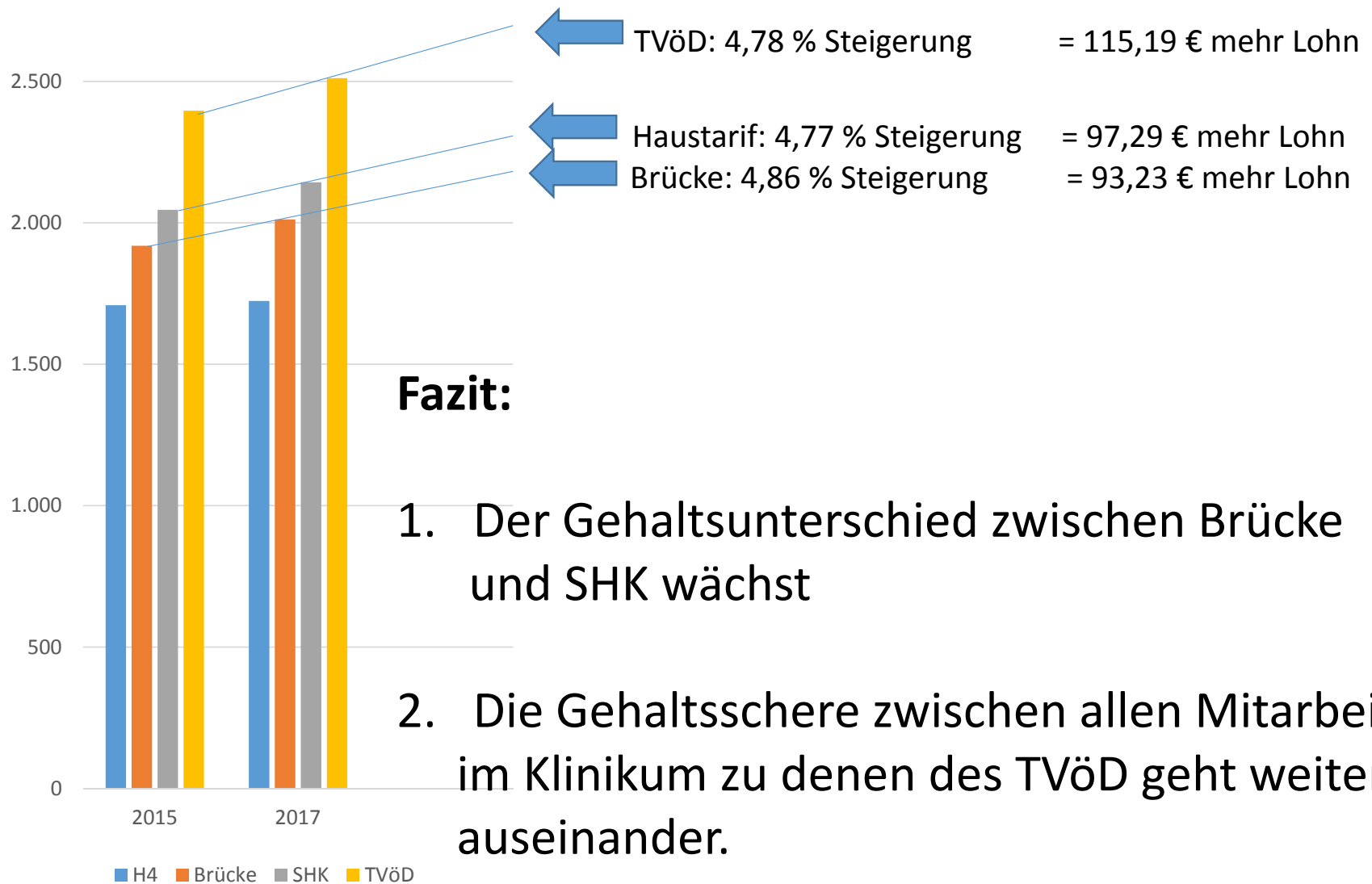
Nettolöhne LG 4a/3 2015 und 2017, Alleinerziehende mit zwei Kindern ohne Kindergeld



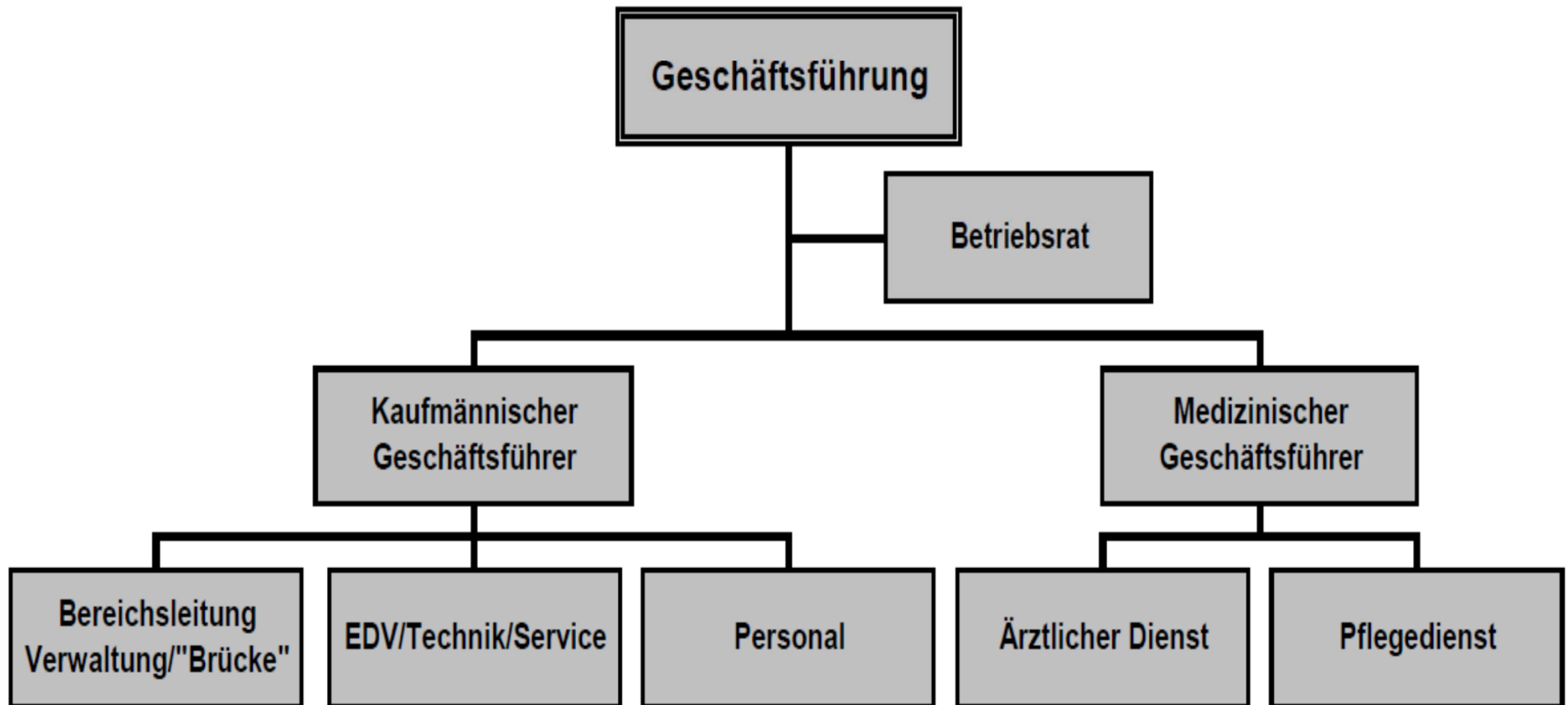
Nettolöhne, Alleinerziehend mit zwei Kindern
LG 4a/3 2015 und 2017 plus Kindergeld



Beispiel eines Mitarbeiters, alleinerziehend mit zwei Kindern in der Lohngruppe 4, Stufe 3 in Brutto



b) Organigramm



Die „Brücke“

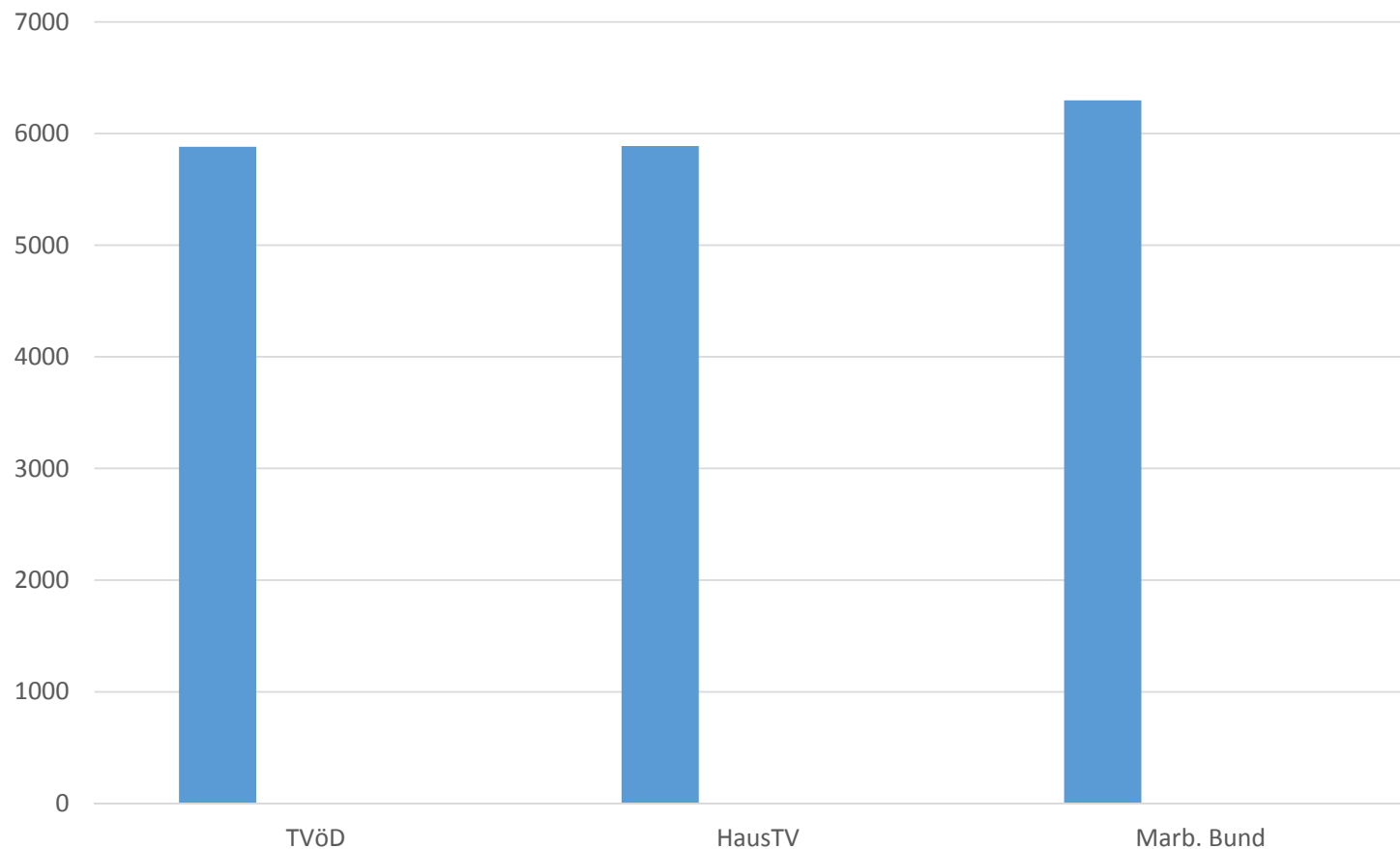
- Organisationseinheit des SHK, welches Pflegeeinrichtungen betreibt
- Arbeitgeber dieser Mitarbeiter ist gleichfalls das Südharz-Klinikum gGmbH
- Die Brücke hat die gleiche Tarifgruppenstruktur wie der Rest des SHK
- Mitarbeiter der Brücke erhalten aber für die gleiche Arbeit ca. 10% weniger Lohn als die Kollegen und Kolleginnen im restlichen SHK
- Mitarbeiter der Brücke erhalten für die gleiche Arbeit ca. 25% weniger Lohn als der TVöD
- Begründung SHK: Aufgrund unterschiedlicher Bezahlungen der Pflege von Krankenkassen und Pflege/Rententrägern wird mit der Brücke weniger „erwirtschaftet“

Frage: Die Radiologie „erwirtschaftet“ auch mehr als die Innere Medizin, warum werden diese Mitarbeiter gleich bezahlt und die Mitarbeiter der Brücke nicht?

Konsequenzen:

- Zahlreiche Mitarbeiter der Brücke beziehen trotz Vollzeitstelle Leistungen nach ALG 2 (H4) als Aufstocker
- Anspruchsgegner für ALG 2 ist das Jobcenter
- Träger des Jobcenters ist zu 50 % der Landkreis Nordhausen
- Leistungen für ALG 2 (KdU) werden aus dem Kreishaushalt entrichtet
- Der Kreishaushalt finanziert sich aus Landeszuweisungen und Kreisumlage
- Größter Kreisumlagenzahler ist die Stadt Nordhausen mit über 50%
- **Weniger H4-Empfänger=weniger Kreisumlage=mehr Geld für Nordhausen**
- Fazit: Landkreis und Stadt Nordhausen finanzieren diese Lohnungerechtigkeit mit Steuermitteln

Bruttomonatslohn Ärzte TG II, Stufe 2, aktuell



Wer soll das bezahlen?



Jürgen Reinholz gehört zur FDP-Kreistagsfraktion, zuvor führte er den Klinikums-Aufsichtsrat.



Ex-Krankenhauschef Antonius Pille ist seit 2014 Fraktionsmitglied in Stadtrat und Kreistag.



Martin Höfer führt die FDP-Stadtratsfraktion, arbeitet als Ergotherapeut im Klinikum.

ten geschehen, dass das Klinikum schlecht bezahlt wird.“

Ersteres entkräften die „uneingeschränkten Bestätigungsvermerke“ unter allen Jahresabschlüssen externer Wirtschaftsprüfer, sagt Hage. Aber die Rückstellungen. Warum werden diese seit 2011 gebildet? Hage meint: Das Klinikum lege Geld zurück, um Pensionsverpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern erfüllen zu können.

Eigentlich ist das Sache der Zusatzversorgungskasse Thüringen, in die Beiträge eingezahlt werden. Doch sei diese wegen des extrem niedrigen Zinsniveaus unterfinanziert, so Guido Hage. So müsse das Klinikum die Pensionszahlungen zusätzlich absichern. Den Vorwurf, Rückstellungen nur gebildet zu haben, um die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter, die 2012 endete, zu schmälern, hält Hage für „absurd“. Denn auch in den Folgejahren seien die Rückstellungen für Pensionszahlungen erhöht worden.

Fortsetzung folgt Dienstag

Arndt Schelenhaus, Wilhelm-Nebelung-Str. 11, 99734 Nordhausen
Stadtrat (Mitglied im Finanzausschuss)
Kreistagsmitglied (Mitglied im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss)
E-Mail: schelenhaus@fh-nordhausen.de
Mobil: 0173 25 29 21 0
Datum: 05.10.2016

Zusatzversorgungskasse Thüringen
z. Hd. Herrn Seifert
Stelle Hohle 6
06556 Artern

versendet 6.10.16. AS

Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter des Südharzklunikums gGmbH in Nordhausen

Sehr geehrter Herr Seifert,
ich beziehe mich auf unser Telefonat vom 22. September. Als prüfungsberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung im Landkreis Nordhausen erbitte ich Auskunft zu folgendem Sachverhalt:

Das Südharzklunikum Nordhausen gGmbH weist seit 2011 jährlich in seiner Bilanz hohe Rückstellungen für „nicht ausfinanzierte Versorgungsverpflichtungen“ aus (s. Auszug aus der Jahresbilanz 2011). Im Jahr 2011 waren dies 10,189 Millionen €. Der Geschäftsführer des Südharzklunikums, Gerd Hage, weist in einem Zeitungsinterview vom 01.10.2016 (s. Anlage) der Zusatzversorgungskasse Thüringen hierfür die Schuld zu.

Geschäftsführer Hage erklärte wörtlich:

„Eigentlich ist das (die Pensionsverpflichtungen) Sache der Zusatzversorgungskasse Thüringens. Doch die ist wegen des extrem niedrigen Zinsniveaus unterfinanziert. So muss das Klinikum die Pensionszahlungen zusätzlich absichern.“

Durch diese „Pensionsrückstellungen“ wurde allein der erwirtschaftete Gewinn des Geschäftsjahres 2011 um 10,189 Millionen € geschmälert. Da gemäß des damals geltendem Haustarifvertrages 50 % der erwirtschafteten Gewinne an das Personal als Ausgleich für erlittenen Lohnverzicht aus vergangenen Krisen Jahren abzuführen war, hat die Notwendigkeit dieser Gewinnrückstellung eine besondere Brisanz.

Ich erlaube mir daher, um die Beantwortung der folgenden Fragen zu bitten:

1. Hatte die ZVK Thüringen im Zeitraum von 2011 bis heute eine Unterfinanzierung, welche die Altersversorgung der Beschäftigten des Südharzklunikums gefährdete?
2. Hat die ZVK Thüringen vom Südharzklunikum eine solche Rückstellung eingefordert oder zumindest dazu aufgerufen?
3. Wie sicher sind Altersorgungsansprüche für die Mitarbeiter des Südharzklunikums bei der ZVK Thüringens in der Zukunft?
4. War und ist eine solche Pensionsrückstellung durch das Südharzklunikum aus Sicht der ZVK Thüringen notwendig oder wenigstens sinnvoll?
5. Wie beurteilt die ZVK Thüringen die Aussage des Herrn Hage im o.g. Zeitungsinterview?

Für eine zeitnahe Beantwortung meine Fragen meinen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



Auszug aus Geschäftsbericht des Geschäftsjahres 2011 des SHK
Ausschnitt Interview in der Thüringer-Allgemeinen vom 01.10.2016

**Zusatzversorgungskasse
THÜRINGEN**

Betriebsrente

Zusatzversorgungskasse 11 Steile Hölle 6// 06556 Artern

Herr
Amdt Schelenhaus
Wilhelm-Nebelung-Straße 11
99734 Nordhausen

Auskunft erteilt Herr Siefert
Telefon (03466) 33 64 31
Telefax (03466) 33 64 55
E-Mail t.siefert@kvt-zvk.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
05.10.2016

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom (bitte bei allen Antworten an
geben)
022040-D/zvk

Artern,
02.11.20
B

Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter der Südharzdiaklinik Nordhausen gGmbH

Sehr geehrter Herr Schelenhaus,

Ihre mit hier am 10. Oktober eingegangenen Schreiben an die ZK Thüringen herangetragenen Fragen
beantworte ich wie folgt:

1. Die ZK Thüringen finanziert die zugesagten Versorgungsleistungen durch eine Kombination von Umlagen und Zusatzbeiträgen. Dieses Finanzierungskonzept geht weder von einer vollständigen Kapitaldeckung der Ansprüche aus, noch bedarf es einer solchen. Eine Unterfinanzierung im Sinne einer nicht ausreichenden Kapitaldeckung kann deshalb nicht bestehen.
2. Das Mitglied hat erstmals zum Stichtag 31.12.2011 von der ZK die Ermittlung der Versorgungsverpflichtungen sowie deren Deckungsgrades gefordert. Auf den Hinweis der ZK, das aus hiesiger Sicht eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen nicht erforderlich ist, hat das Mitglied durch die seinerzeitigen Wirtschaftsprüfer erklärt, von seinem handelsrechtlichen Passivierungswahlrecht Gebrauch machen zu wollen. Das Mitglied veranlasst seither durch jährliche Anfrage und nach seinen Vorgaben eine Berechnung von "nicht ausfinanzierten Pensionsverpflichtungen" durch den Aktuar der ZK.
3. Die Zusatzversorgungskasse Thüringen unterliegt der Versicherungsaufsicht nach dem Thüringer Versicherungsaufsichtsgesetz (ThürVAG). Auf dessen Grundlage wird die dauerhafte Erfüllung der sich aus den Versorgungs- und Versicherungsverhältnissen ergebenden Verpflichtungen durch die Versicherungsaufsichtsbehörde unter Einbeziehung des nach § 11 ThürVAG zu bestellenden Versicherungsmathematikers laufend überwacht und sichergestellt.

Zusatzversorg ungskasse
Thüringen
Steile Hölle 6
06556 Artern

Telefon: 03466/3364-85
Tele 03466/3364-55
fax:
E- zvka@kvt-zvk.de
Ma
i
Int www.kvt-zvk.de

Wir sind für Sie erreichbar:
Montag-Freitag: 08.30-12.00 Uhr
Montag, Mittwoch: 13.30-16.00 Uhr
Dienstag, Donner 13.30-17.00 Uhr

Bankverbindung:
Kfzfinanzsparkasse Artern
IBAN: DE98 8205 5000 3400 0200
00
BIC: HELADEFIKYF

Durch diese „Pensionsrückstellungen“ wurde allein der erwirtschaftete Gewinn des Geschäftsjahres 2011 um 10,189 Millionen € geschmälert. Da gemäß des damals geltendem Haustarifvertrages 50 % der erwirtschafteten Gewinne an das Personal als Ausgleich für erlittenen Lohnverzicht aus vergangenen Krisen Jahren abzuführen war, hat die Notwendigkeit dieser Gewinnrückstellung eine besondere Brisanz.

Ich erlaube mir daher, um die Beantwortung der folgenden Fragen zu bitten:

1. Hatte die ZVK Thüringen im Zeitraum von 2011 bis heute eine Unterfinanzierung, welche die Altersversorgung der Beschäftigten des Südharzkrankenhauses gefährdete?
2. Hat die ZVK Thüringen vom Südharzkrankenhaus eine solche Rückstellung eingefordert oder zumindest dazu aufgerufen?
3. Wie sicher sind Altersversorgungsansprüche für die Mitarbeiter des Südharzkrankenhauses bei der ZVK Thüringens in der Zukunft?
4. War und ist eine solche Pensionsrückstellung durch das Südharzkrankenhaus aus Sicht der ZVK Thüringen notwendig oder wenigstens sinnvoll?
5. Wie beurteilt die ZVK Thüringen die Aussage des Herrn Hage im o.g. Zeitungsinterview?

Für eine zeitnahe Beantwortung meine Fragen meinen Dank.

Frage an ZVK:

1. Hatte die ZVK Thüringen im Zeitraum von 2011 bis heute eine Unterfinanzierung, welche die Altersversorgung der Beschäftigten des Südharzkrankenhauses gefährdete?

Antwort ZVK:

Die ZVK Thüringen finanziert die zugesagten Versorgungsleistungen durch eine Kombination von Umlagen und Zusatzbeiträgen. Dieses Finanzierungskonzept geht weder von einer vollständigen Kapitaldeckung der Ansprüche aus, noch bedarf es einer solchen. Eine Unterfinanzierung im Sinne einer nicht ausreichenden Kapitaldeckung kann deshalb nicht bestehen.

Frage an ZVK:

2. Hat die ZVK Thüringen vom Südharzkrlinikum eine solche Rückstellung eingefordert oder zumindest dazu aufgerufen?

Antwort ZVK:

2. Das Mitglied hat erstmals zum Stichtag 31.12.2011 von der ZVK die Ermittlung der Versorgungsverpflichtungen sowie deren Deckungsgrades gefordert. Auf den Hinweis der ZVK, das aus hiesiger Sicht eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen nicht erforderlich ist, hat das Mitglied durch die seinerzeitigen Wirtschaftsprüfer erklärt, von seinem handelsrechtlichen Passivierungswahlrecht Gebrauch machen zu wollen. Das Mitglied veranlasst seither durch jährliche Anfrage und nach seinen Vorgaben eine Berechnung von „nicht ausfinanzierten Pensionsverpflichtungen“ durch den Aktuar der ZVK.

Frage an ZVK:

3. Wie sicher sind Altersorgungsansprüche für die Mitarbeiter des Südharzkrankenhauses bei der ZVK Thüringens in der Zukunft?

Antwort ZVK:

3. Die Zusatzversorgungskasse Thüringen unterliegt der Versicherungsaufsicht nach dem Thüringer Versicherungsaufsichtsgesetz (ThürVAG). Auf dessen Grundlage wird die dauerhafte Erfüllbarkeit der sich aus den Versorgungs- und Versicherungsverhältnissen ergebenden Verpflichtungen durch die Versicherungsaufsichtsbehörde unter Einschaltung des nach § 11 ThürVAG zu bestellenden Versicherungsmathematikers laufend überwacht und sichergestellt.

Frage an ZVK:

4. War und ist eine solche Pensionsrückstellung durch das Südharzkrlinikum aus Sicht der ZVK Thüringen notwendig oder wenigstens sinnvoll?

Antwort ZVK:

4. Die Bilanzierung der Verpflichtungen unter Ausübung des handelsrechtlichen Passivierungswahlrechts für mittelbare Pensionsverpflichtungen steht allein zur Disposition des Mitglieds.

Bewertung:

Die Aussage des Geschäftsführers Hage ist erwiesenermaßen falsch. Diese Gewinnrückstellung für Pensionsverpflichtung war unnötig. Hierdurch wurde den Mitarbeitern über 5 Millionen € Gewinnausschüttung gemäß damaligen Haustarif vorenthalten.

Alle Angaben in t € und ohne MVZ

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Jahres- überschuss SHK	1.369	6.459	3.505	4.649	6.106	9.537	8.449	5.790
Gewinn- rücklagen SHK	16.075	17.444	25.318	28.823	33.473	39.579	49.117	57.567
Kassen- bestand= liquide Mittel SHK	6.262	5.650	7.781	17.291	18.613	22.774	27.988	38.186
Stand der Pensions- Rückstellungen	318	347	180	10.357	10.158	10.808	11.757	14.508

Wir fordern:

- Sofortige Angleichung der bislang geringer entlohten Mitarbeiter der Brücke an den Haustarifvertrag des SHK (einheitlicher Haustarif für alle)
- Unabhängige Prüfung der Bilanzen der Jahre 2010-13 im Hinblick auf Rechtmäßigkeit der Gewinnausschüttungen und der Notwendigkeit der Rückstellungen für Alterssicherungen
- Sofortige Wiedereinführung der Gewinnbeteiligung für nichtärztliche Mitarbeiter gedeckelt auf TVöD-Niveau

Vielen Dank

2015 Entgeltabelle Südharz-Klinikum • Pfleger

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a							3.955,78 €	3.446,47 €	509,31 € 87%
11 b									
11 a							3.590,64 €	3.123,37 €	467,27 € 87%
10 a							3.468,92 €	3.015,67 €	453,25 € 87%
9 d							3.383,71 €	2.940,27 €	443,44 € 87%
9 c							3.286,36 €	2.854,12 €	432,24 € 87%
9 b							2.999,18 €	2.595,62 €	403,56 € 87%
9 a							2.999,18 €	2.595,62 €	403,56 € 87%
8 a	2.514,67 €	2.154,04 €	360,63 € 86%	2.668,29 €	2.294,06 €	374,23 € 86%	2.798,30 €	2.412,53 €	385,77 € 86%
7 a	2.337,41 €	1.992,50 €	344,91 € 85%	2.514,67 €	2.154,04 €	360,63 € 86%	2.668,29 €	2.294,06 €	374,23 € 86%
4 a	2.103,43 €	1.779,24 €	324,19 € 85%	2.254,70 €	1.917,09 €	337,61 € 85%	2.396,50 €	2.046,34 €	350,16 € 85%
3 a	2.012,46 €	1.696,31 €	316,15 € 84%	2.219,23 €	1.884,79 €	334,44 € 85%	2.278,35 €	1.938,64 €	339,71 € 85%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a	4.381,80 €	3.823,43 €	558,37 € 87%	4.929,53 €	4.308,09 €	621,44 € 87%	5.172,96 €	4.523,50 €	649,46 € 87%
11 b	3.955,78 €	3.446,47 €	509,31 € 87%	4.485,25 €	3.914,98 €	570,27 € 87%	4.728,69 €	4.130,38 €	598,31 € 87%
11 a	3.955,78 €	3.446,47 €	509,31 € 87%	4.485,25 €	3.914,98 €	570,27 € 87%			
10 a	3.712,37 €	3.231,07 €	481,30 € 87%	4.174,88 €	3.640,33 €	534,55 € 87%			
9 d	3.688,02 €	3.209,52 €	478,50 € 87%	3.931,43 €	3.424,92 €	506,51 € 87%			
9 c	3.517,69 €	3.058,74 €	458,95 € 87%	3.736,69 €	3.252,61 €	484,08 € 87%			
9 b	3.383,71 €	2.940,27 €	443,44 € 87%	3.517,61 €	3.054,74 €	462,87 € 87%			
9 a	3.099,63 €	2.687,17 €	412,46 € 87%	3.286,36 €	2.854,12 €	432,24 € 87%			
8 a	2.904,65 €	2.509,47 €	395,18 € 86%	3.099,63 €	2.687,17 €	412,46 € 87%	3.286,36 €	2.854,12 €	432,24 € 87%
7 a	2.904,65 €	2.509,47 €	395,18 € 86%	3.022,81 €	2.617,17 €	405,64 € 87%	3.144,54 €	2.728,10 €	416,44 € 87%
4 a	2.697,84 €	2.320,99 €	376,85 € 86%	2.774,66 €	2.390,99 €	383,67 € 86%	2.916,44 €	2.520,23 €	396,21 € 86%
3 a	2.372,87 €	2.024,80 €	348,07 € 85%	2.443,79 €	2.089,42 €	354,37 € 85%	2.610,38 €	2.241,28 €	369,10 € 86%

2015 Entgelttabelle Südharz-Klinikum • Pfleger Brücke

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a							3.955,78 €	3.232,00 €	723,78 € 82%
11 b									
11 a							3.590,64 €	2.929,00 €	661,64 € 82%
10 a							3.468,92 €	2.828,00 €	640,92 € 82%
9 d							3.383,71 €	2.757,30 €	626,41 € 81%
9 c							3.286,36 €	2.676,50 €	609,86 € 81%
9 b							2.999,18 €	2.434,10 €	565,08 € 81%
9 a							2.999,18 €	2.434,10 €	565,08 € 81%
8 a	2.514,67 €	2.020,00 €	494,67 € 80%	2.668,29 €	2.151,36 €	516,93 € 81%	2.798,30 €	2.262,40 €	535,90 € 81%
7 a	2.337,41 €	1.868,50 €	468,91 € 80%	2.514,67 €	2.020,00 €	494,67 € 80%	2.668,29 €	2.151,30 €	516,99 € 81%
4 a	2.103,43 €	1.668,52 €	434,91 € 79%	2.254,70 €	1.797,80 €	456,90 € 80%	2.396,50 €	1.919,00 €	477,50 € 80%
3 a	2.012,46 €	1.590,75 €	421,71 € 79%	2.219,23 €	1.767,50 €	451,73 € 80%	2.278,35 €	1.818,00 €	460,35 € 80%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a	4.381,80 €	3.585,50 €	796,30 € 82%	4.929,53 €	4.040,00 €	889,53 € 82%	5.172,96 €	4.242,00 €	930,96 € 82%
11 b	3.955,78 €	3.232,00 €	723,78 € 82%	4.485,25 €	3.671,35 €	813,90 € 82%	4.728,69 €	3.873,35 €	855,34 € 82%
11 a	3.955,78 €	3.232,00 €	723,78 € 82%	4.485,25 €	3.671,35 €	813,90 € 82%			
10 a	3.712,37 €	3.030,00 €	682,37 € 82%	4.174,88 €	3.413,80 €	761,08 € 82%			
9 d	3.688,02 €	3.009,80 €	678,22 € 82%	3.931,43 €	3.211,80 €	719,63 € 82%			
9 c	3.517,69 €	2.868,40 €	649,29 € 82%	3.736,69 €	3.050,20 €	686,49 € 82%			
9 b	3.383,71 €	2.757,30 €	626,41 € 81%	3.517,61 €	2.808,40 €	709,21 € 80%			
9 a	3.099,63 €	2.519,95 €	579,68 € 81%	3.286,36 €	2.676,50 €	609,86 € 81%			
8 a	2.904,65 €	2.353,30 €	551,35 € 81%	3.099,63 €	2.519,95 €	579,68 € 81%	3.286,36 €	2.676,50 €	609,86 € 81%
7 a	2.904,65 €	2.353,30 €	551,35 € 81%	3.022,81 €	2.454,30 €	568,51 € 81%	3.144,54 €	2.558,33 €	586,21 € 81%
4 a	2.697,84 €	2.176,55 €	521,29 € 81%	2.774,66 €	2.242,20 €	532,46 € 81%	2.916,44 €	2.363,40 €	553,04 € 81%
3 a	2.372,87 €	1.898,80 €	474,07 € 80%	2.443,79 €	1.959,40 €	484,39 € 80%	2.610,38 €	2.101,81 €	508,57 € 81%

2015 Entgelttabelle Südharz-Klinikum • sonst. Personal

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü				5.331,19 €	4.663,51 €	667,68 € 87%	5.909,34 €	5.175,09 €	734,25 € 88%
15	4.179,74 €	3.644,65 €	535,09 € 87%	4.637,42 €	4.049,61 €	587,81 € 87%	4.807,81 €	4.200,38 €	607,43 € 87%
14	3.785,38 €	3.295,69 €	489,69 € 87%	4.199,21 €	3.661,88 €	537,33 € 87%	4.442,64 €	3.877,28 €	565,36 € 87%
13	3.489,62 €	3.033,98 €	455,64 € 87%	3.870,59 €	3.371,08 €	499,51 € 87%	4.077,52 €	3.554,17 €	523,35 € 87%
12	3.129,17 €	2.714,10 €	415,07 € 87%	3.468,92 €	3.015,67 €	453,25 € 87%	3.955,78 €	3.446,47 €	509,31 € 87%
11	3.022,81 €	2.617,17 €	405,64 € 87%	3.347,23 €	2.907,96 €	439,27 € 87%	3.590,64 €	3.123,37 €	467,27 € 87%
10	2.916,44 €	2.520,23 €	396,21 € 86%	3.225,48 €	2.800,26 €	425,22 € 87%	3.468,92 €	3.015,67 €	453,25 € 87%
9	2.586,77 €	2.219,74 €	367,03 € 86%	2.857,36 €	2.466,39 €	390,97 € 86%	2.999,18 €	2.595,62 €	403,56 € 87%
8	2.427,23 €	2.074,35 €	352,88 € 85%	2.680,10 €	2.304,82 €	375,28 € 86%	2.798,30 €	2.412,53 €	385,77 € 86%
7	2.278,35 €	1.938,64 €	339,71 € 85%	2.514,67 €	2.154,04 €	360,63 € 86%	2.668,29 €	2.294,06 €	374,23 € 86%
6	2.235,78 €	1.899,87 €	335,91 € 85%	2.467,40 €	2.110,97 €	356,43 € 86%	2.585,57 €	2.218,67 €	366,90 € 86%
5	2.145,97 €	1.818,02 €	327,95 € 85%	2.366,97 €	2.019,41 €	347,56 € 85%	2.479,23 €	2.121,74 €	357,49 € 86%
4	2.044,34 €	1.725,39 €	318,95 € 84%	2.254,70 €	1.917,09 €	337,61 € 85%	2.396,50 €	2.046,34 €	350,16 € 85%
3	2.012,46 €	1.696,31 €	316,15 € 84%	2.219,23 €	1.884,79 €	334,44 € 85%	2.278,35 €	1.938,64 €	339,71 € 85%
2 Ü	1.927,34 €			2.124,72 €			2.195,62 €		
2	1.863,54 €	1.592,91 €	270,63 € 85%	2.053,80 €	1.734,01 €	319,79 € 84%	2.112,89 €	1.787,86 €	325,03 € 85%
1		1.592,91 €		1.670,94 €	1.592,91 €	78,03 € 95%	1.699,30 €	1.592,98 €	106,32 € 94%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü	6.457,07 €	5.659,76 €	797,31 € 88%	6.822,24 €	5.982,87 €	839,37 € 88%	6.907,42 €	6.058,25 €	849,17 € 88%
15	5.416,39 €	4.738,90 €	677,49 € 87%	5.878,91 €	5.148,16 €	730,75 € 88%	6.183,20 €	5.417,42 €	765,78 € 88%
14	4.807,81 €	4.200,38 €	607,43 € 87%	5.367,72 €	4.695,82 €	671,90 € 87%	5.671,99 €	4.965,08 €	706,91 € 88%
13	4.479,14 €	3.909,60 €	569,54 € 87%	5.039,05 €	4.405,03 €	634,02 € 87%	5.270,33 €	4.609,65 €	660,68 € 87%
12	4.381,80 €	3.823,43 €	558,37 € 87%	4.929,53 €	4.308,09 €	621,44 € 87%	5.172,96 €	4.523,50 €	649,46 € 87%
11	3.955,78 €	3.446,47 €	509,31 € 87%	4.485,25 €	3.914,98 €	570,27 € 87%	4.728,69 €	4.130,38 €	598,31 € 87%
10	3.712,37 €	3.231,07 €	481,30 € 87%	4.174,88 €	3.640,33 €	534,55 € 87%	4.284,42 €	3.737,27 €	547,15 € 87%
9	3.383,71 €	2.940,27 €	443,44 € 87%	3.688,02 €	3.209,52 €	478,50 € 87%	3.931,43 €	3.424,92 €	506,51 € 87%
8	2.904,65 €	2.509,47 €	395,18 € 86%	3.022,81 €	2.617,17 €	405,64 € 87%	3.097,26 €	2.685,02 €	412,24 € 87%
7	2.786,48 €	2.401,76 €	384,72 € 86%	2.875,10 €	2.482,54 €	392,56 € 86%	2.957,82 €	2.557,92 €	399,90 € 86%
6	2.697,84 €	2.320,99 €	376,85 € 86%	2.774,66 €	2.390,99 €	383,67 € 86%	2.851,47 €	2.444,84 €	406,63 € 86%
5	2.591,49 €	2.224,05 €	367,44 € 86%	2.674,21 €	2.299,44 €	374,77 € 86%	2.733,30 €	2.331,76 €	401,54 € 85%
4	2.479,23 €	2.121,74 €	357,49 € 86%	2.561,95 €	2.197,12 €	364,83 € 86%	2.610,38 €	2.224,05 €	386,33 € 85%
3	2.372,87 €	2.024,80 €	348,07 € 85%	2.443,79 €	2.089,42 €	354,37 € 85%	2.508,77 €	2.121,96 €	386,81 € 85%
2 Ü	2.290,16 €			2.355,14 €			2.403,61 €		
2	2.171,99 €	1.841,71 €	330,28 € 85%	2.301,94 €	1.960,19 €	341,75 € 85%	2.437,87 €	2.034,50 €	403,37 € 83%
1	1.734,76 €	1.590,75 €	144,01 € 92%	1.767,82 €	1.592,91 €	174,91 € 90%	1.852,91 €	1.592,91 €	260,00 € 86%

2015 Entgeltabelle Südharz-Klinikum • sonst. Personal Brücke

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü				5.331,19 €	4.373,30 €	957,89 € 82%	5.909,34 €	4.853,65 €	1.055,69 € 82%
15	4.179,74 €	3.418,00 €	761,74 € 82%	4.637,42 €	3.798,00 €	839,42 € 82%	4.807,81 €	3.939,00 €	868,81 € 82%
14	3.785,38 €	3.091,00 €	694,38 € 82%	4.199,21 €	3.434,00 €	765,21 € 82%	4.442,64 €	3.636,00 €	806,64 € 82%
13	3.489,62 €	2.845,00 €	644,62 € 82%	3.870,59 €	3.161,00 €	709,59 € 82%	4.077,52 €	3.333,00 €	744,52 € 82%
12	3.129,17 €	2.545,00 €	584,17 € 81%	3.468,92 €	2.828,00 €	640,92 € 82%	3.955,78 €	3.232,00 €	723,78 € 82%
11	3.022,81 €	2.454,00 €	568,81 € 81%	3.347,23 €	2.727,00 €	620,23 € 81%	3.590,64 €	2.929,00 €	661,64 € 82%
10	2.916,44 €	2.363,00 €	553,44 € 81%	3.225,48 €	2.626,00 €	599,48 € 81%	3.468,92 €	2.828,00 €	640,92 € 82%
9	2.586,77 €	2.082,00 €	504,77 € 80%	2.857,36 €	2.313,00 €	544,36 € 81%	2.999,18 €	2.434,00 €	565,18 € 81%
8	2.427,23 €	1.945,00 €	482,23 € 80%	2.680,10 €	2.161,00 €	519,10 € 81%	2.798,30 €	2.262,00 €	536,30 € 81%
7	2.278,35 €	1.818,00 €	460,35 € 80%	2.514,67 €	2.020,00 €	494,67 € 80%	2.668,29 €	2.151,00 €	517,29 € 81%
6	2.235,78 €	1.782,00 €	453,78 € 80%	2.467,40 €	1.980,00 €	487,40 € 80%	2.585,57 €	2.081,00 €	504,57 € 80%
5	2.145,97 €	1.705,00 €	440,97 € 79%	2.366,97 €	1.894,00 €	472,97 € 80%	2.479,23 €	1.990,00 €	489,23 € 80%
4	2.044,34 €	1.618,00 €	426,34 € 79%	2.254,70 €	1.798,00 €	456,70 € 80%	2.396,50 €	1.919,00 €	477,50 € 80%
3	2.012,46 €	1.591,00 €	421,46 € 79%	2.219,23 €	1.768,00 €	451,23 € 80%	2.278,35 €	1.818,00 €	460,35 € 80%
2 Ü	1.927,34 €			2.124,72 €			2.195,62 €		
2	1.863,54 €	1.494,00 €	369,54 € 80%	2.053,80 €	1.626,00 €	427,80 € 79%	2.112,89 €	1.677,00 €	435,89 € 79%
1		1.434,00 €		1.670,94 €	1.494,00 €	176,94 € 89%	1.699,30 €	1.494,00 €	205,30 € 88%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü	6.457,07 €	5.307,55 €	1.149,52 € 82%	6.822,24 €	5.610,55 €	1.211,69 € 82%	6.907,42 €	5.681,25 €	1.226,17 € 82%
15	5.416,39 €	4.444,00 €	972,39 € 82%	5.878,91 €	4.747,00 €	1.131,91 € 81%	6.183,20 €	4.848,00 €	1.335,20 € 78%
14	4.807,81 €	3.939,00 €	868,81 € 82%	5.367,72 €	4.222,00 €	1.145,72 € 79%	5.671,99 €	4.323,00 €	1.348,99 € 76%
13	4.479,14 €	3.666,00 €	813,14 € 82%	5.039,05 €	3.919,00 €	1.120,05 € 78%	5.270,33 €	4.020,00 €	1.250,33 € 76%
12	4.381,80 €	3.586,00 €	795,80 € 82%	4.929,53 €	3.788,00 €	1.141,53 € 77%	5.172,96 €	3.889,00 €	1.283,96 € 75%
11	3.955,78 €	3.232,00 €	723,78 € 82%	4.485,25 €	3.384,00 €	1.101,25 € 75%	4.728,69 €	3.485,00 €	1.243,69 € 74%
10	3.712,37 €	3.030,00 €	682,37 € 82%	4.174,88 €	3.232,00 €	942,88 € 77%	4.284,42 €	3.283,00 €	1.001,42 € 77%
9	3.383,71 €	2.757,30 €	626,41 € 81%	3.688,02 €	2.908,80 €	779,22 € 79%	3.931,43 €	3.030,00 €	901,43 € 77%
8	2.904,65 €	2.353,00 €	551,65 € 81%	3.022,81 €	2.424,00 €	598,81 € 80%	3.097,26 €	2.462,00 €	635,26 € 79%
7	2.786,48 €	2.252,00 €	534,48 € 81%	2.875,10 €	2.313,00 €	562,10 € 80%	2.957,82 €	2.355,00 €	602,82 € 80%
6	2.697,84 €	2.177,00 €	520,84 € 81%	2.774,66 €	2.212,00 €	562,66 € 80%	2.851,47 €	2.251,00 €	600,47 € 79%
5	2.591,49 €	2.086,00 €	505,49 € 80%	2.674,21 €	2.121,00 €	553,21 € 79%	2.733,30 €	2.151,00 €	582,30 € 79%
4	2.479,23 €	1.990,00 €	489,23 € 80%	2.561,95 €	2.030,00 €	531,95 € 79%	2.610,38 €	2.055,00 €	555,38 € 79%
3	2.372,87 €	1.899,00 €	473,87 € 80%	2.443,79 €	1.939,00 €	504,79 € 79%	2.508,77 €	1.973,00 €	535,77 € 79%
2 Ü	2.290,16 €			2.355,14 €			2.403,61 €		
2	2.171,99 €	1.727,00 €	444,99 € 80%	2.301,94 €	1.797,80 €	504,14 € 78%	2.437,87 €	1.867,00 €	570,87 € 77%
1	1.734,76 €	1.494,00 €	240,76 € 86%	1.767,82 €	1.494,00 €	273,82 € 85%	1.852,91 €	1.494,00 €	358,91 € 81%

2015 Entgelttabelle Südharz-Klinikum • Ärzte

Stufe Gruppe	1				2				3			
	TVöD	Haustarif	Differenz		TVöD	Haustarif	Differenz		TVöD	Haustarif	Differenz	
I	4.111,59 €	4.116,42 €	-	4,83 € 100%	4.344,65 €	4.347,55 €	-	2,90 € 100%	4.511,10 €	4.512,65 €	-	1,55 € 100%
II	5.426,63 €	5.509,25 €	-	82,62 € 102%	5.881,63 €	5.888,45 €	-	6,82 € 100%	6.281,15 €	6.273,69 €		7,46 € 100%
III	6.797,18 €	6.801,99 €	-	4,81 € 100%	7.196,68 €	7.198,23 €	-	1,55 € 100%	7.768,22 €	7.484,27 €		283,95 € 96%
IV	7.995,68 €				8.567,24 €							

[illegible]

2017 Entgeltabelle Südharz-Klinikum • Pfleger

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a							4.192,78 €	3.610,32 €	582,46 € 86%
11 b									
11 a							3.994,70 €	3.271,86 €	722,84 € 82%
10 a							3.895,66 €	3.159,03 €	736,63 € 81%
9 d							3.697,57 €	3.080,06 €	617,51 € 83%
9 c							3.499,49 €	2.989,80 €	509,69 € 85%
9 b							3.301,40 €	2.719,01 €	582,39 € 82%
9 a							3.196,60 €	2.719,01 €	477,59 € 85%
8 a		2.256,44 €		2.796,54 €	2.403,12 €	393,42 € 86%	2.932,80 €	2.527,22 €	405,58 € 86%
7 a		2.087,22 €		2.635,53 €	2.256,44 €	379,09 € 86%	2.796,54 €	2.403,12 €	393,42 € 86%
4 a	2.204,53 €	1.863,82 €	340,71 € 85%	2.363,07 €	2.008,23 €	354,84 € 85%	2.511,69 €	2.143,63 €	368,06 € 85%
3 a	2.109,19 €	1.776,96 €	332,23 € 84%	2.325,89 €	1.974,40 €	351,49 € 85%	2.387,86 €	2.030,80 €	357,06 € 85%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a	4.651,31 €	4.005,20 €	646,11 € 86%	5.185,82 €	4.512,89 €	672,93 € 87%	5.421,59 €	4.738,55 €	683,04 € 87%
11 b	4.418,63 €	3.610,32 €	808,31 € 82%	4.807,47 €	4.101,10 €	706,37 € 85%	4.955,97 €	4.326,74 €	629,23 € 87%
11 a	4.311,74 €	3.610,32 €	701,42 € 84%	4.742,49 €	4.101,10 €	641,39 € 86%			
10 a	4.204,83 €	3.384,67 €	820,16 € 80%	4.428,07 €	3.813,39 €	614,68 € 86%			
9 d	3.991,03 €	3.362,10 €	628,93 € 84%	4.171,29 €	3.587,74 €	583,55 € 86%			
9 c	3.777,23 €	3.204,15 €	573,08 € 85%	3.961,68 €	3.407,24 €	554,44 € 86%			
9 b	3.594,86 €	3.080,06 €	514,80 € 86%	3.736,35 €	3.204,15 €	532,20 € 86%			
9 a	3.301,40 €	2.814,91 €	486,49 € 85%	3.500,53 €	2.989,80 €	510,73 € 85%			
8 a	3.107,51 €	2.628,77 €	478,74 € 85%	3.248,61 €	2.814,91 €	433,70 € 87%	3.444,31 €	2.989,80 €	454,51 € 87%
7 a	3.044,26 €	2.628,77 €	415,49 € 86%	3.168,10 €	2.741,59 €	426,51 € 87%	3.295,68 €	2.857,79 €	437,89 € 87%
4 a	2.827,51 €	2.431,33 €	396,18 € 86%	2.908,02 €	2.504,66 €	403,36 € 86%	3.056,61 €	2.640,04 €	416,57 € 86%
3 a	2.486,92 €	2.121,06 €	365,86 € 85%	2.561,25 €	2.188,75 €	372,50 € 85%	2.735,85 €	2.347,83 €	388,02 € 86%

2017 Entgeltabelle Südharz-Klinikum • Pfleger Brücke

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a							4.192,78 €	3.385,65 €	807,13 € 81%
11 b									
11 a							3.994,70 €	3.068,24 €	926,46 € 77%
10 a							3.895,66 €	2.962,44 €	933,22 € 76%
9 d							3.697,57 €	2.888,39 €	809,18 € 78%
9 c							3.499,49 €	2.803,74 €	695,75 € 80%
9 b							3.301,40 €	2.549,82 €	751,58 € 77%
9 a							3.196,60 €	2.549,82 €	646,78 € 80%
8 a		2.116,03 €		2.796,54 €	2.253,58 €	542,96 € 81%	2.932,80 €	2.369,96 €	562,84 € 81%
7 a		1.957,33 €		2.635,53 €	2.116,03 €	519,50 € 80%	2.796,54 €	2.253,58 €	542,96 € 81%
4 a	2.204,53 €	1.747,84 €	456,69 € 79%	2.363,07 €	1.883,27 €	479,80 € 80%	2.511,69 €	2.010,23 €	501,46 € 80%
3 a	2.109,19 €	1.666,38 €	442,81 € 79%	2.325,89 €	1.851,53 €	474,36 € 80%	2.387,86 €	1.904,43 €	483,43 € 80%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
12 a	4.651,31 €	3.755,95 €	895,36 € 81%	5.185,82 €	4.232,06 €	953,76 € 82%	5.421,59 €	4.443,66 €	977,93 € 82%
11 b	4.418,63 €	3.385,65 €	1.032,98 € 77%	4.807,47 €	3.845,89 €	961,58 € 80%	4.955,97 €	3.845,89 €	1.110,08 € 78%
11 a	4.311,74 €	3.385,65 €	926,09 € 79%	4.742,49 €	3.845,89 €	896,60 € 81%			
10 a	4.204,83 €	3.174,05 €	1.030,78 € 75%	4.428,07 €	3.576,10 €	851,97 € 81%			
9 d	3.991,03 €	3.152,89 €	838,14 € 79%	4.171,29 €	3.364,49 €	806,80 € 81%			
9 c	3.777,23 €	3.004,77 €	772,46 € 80%	3.961,68 €	3.195,20 €	766,48 € 81%			
9 b	3.594,86 €	2.888,39 €	706,47 € 80%	3.736,35 €	3.004,77 €	731,58 € 80%			
9 a	3.301,40 €	2.639,75 €	661,65 € 80%	3.500,53 €	2.803,74 €	696,79 € 80%			
8 a	3.107,51 €	2.465,18 €	642,33 € 79%	3.248,61 €	2.639,75 €	608,86 € 81%	3.444,31 €	2.803,74 €	640,57 € 81%
7 a	3.044,26 €	2.465,18 €	579,08 € 81%	3.168,10 €	2.570,98 €	597,12 € 81%	3.295,68 €	2.679,96 €	615,72 € 81%
4 a	2.827,51 €	2.280,02 €	547,49 € 81%	2.908,02 €	2.348,79 €	559,23 € 81%	3.056,61 €	2.475,76 €	580,85 € 81%
3 a	2.486,92 €	1.989,07 €	497,85 € 80%	2.561,25 €	2.052,55 €	508,70 € 80%	2.735,85 €	2.201,73 €	534,12 € 80%

2017 Entgeltabelle Südharz-Klinikum • sonst. Personal

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü				5.587,46 €	4.885,21 €	702,25 € 87%	6.193,36 €	5.421,11 €	772,25 € 88%
15	4.380,63 €	3.817,91 €	562,72 € 87%	4.860,31 €	4.242,13 €	618,18 € 87%	5.038,90 €	4.400,07 €	638,83 € 87%
14	3.967,32 €	3.452,36 €	514,96 € 87%	4.401,04 €	3.835,97 €	565,07 € 87%	4.656,17 €	4.061,61 €	594,56 € 87%
13	3.657,34 €	3.178,22 €	479,12 € 87%	4.056,62 €	3.531,34 €	525,28 € 87%	4.273,50 €	3.723,13 €	550,37 € 87%
12	3.279,57 €	2.843,13 €	436,44 € 87%	3.635,65 €	3.159,03 €	476,62 € 87%	4.145,91 €	3.610,32 €	535,59 € 87%
11	3.168,10 €	2.741,59 €	426,51 € 87%	3.508,11 €	3.046,21 €	461,90 € 87%	3.763,23 €	3.271,86 €	491,37 € 87%
10	3.056,61 €	2.640,04 €	416,57 € 86%	3.380,51 €	2.933,39 €	447,12 € 87%	3.635,65 €	3.159,03 €	476,62 € 87%
9	2.711,10 €	2.325,26 €	385,84 € 86%	2.994,70 €	2.583,64 €	411,06 € 86%	3.143,33 €	2.719,01 €	424,32 € 87%
8	2.543,89 €	2.172,97 €	370,92 € 85%	2.808,91 €	2.414,39 €	394,52 € 86%	2.932,80 €	2.527,22 €	405,58 € 86%
7	2.387,86 €	2.030,80 €	357,06 € 85%	2.635,53 €	2.256,44 €	379,09 € 86%	2.796,54 €	2.403,12 €	393,42 € 86%
6	2.343,24 €	1.990,19 €	353,05 € 85%	2.586,00 €	2.211,33 €	374,67 € 86%	2.709,84 €	2.324,14 €	385,70 € 86%
5	2.249,11 €	1.904,45 €	344,66 € 85%	2.480,74 €	2.115,41 €	365,33 € 85%	2.598,39 €	2.222,60 €	375,79 € 86%
4	2.142,59 €	1.807,42 €	335,17 € 84%	2.363,07 €	2.008,23 €	354,84 € 85%	2.511,69 €	2.143,63 €	368,06 € 85%
3	2.109,19 €	1.776,96 €	332,23 € 84%	2.325,89 €	1.974,40 €	351,49 € 85%	2.387,86 €	2.030,80 €	357,06 € 85%
2	1.953,10 €	1.668,64 €	284,46 € 85%	2.152,51 €	1.816,44 €	336,07 € 84%	2.214,44 €	1.872,86 €	341,58 € 85%
1		1.668,64 €		1.751,25 €	1.668,64 €	82,61 € 95%	1.780,97 €	1.668,64 €	112,33 € 94%

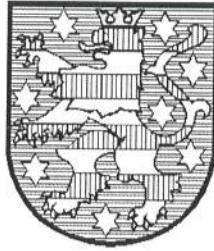
Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü	6.767,42 €	5.928,38 €	839,04 € 88%	7.150,14 €	6.267,30 €	882,84 € 88%	7.239,42 €	6.346,26 €	893,16 € 88%
15	5.676,72 €	4.964,19 €	712,53 € 87%	6.161,47 €	5.392,90 €	768,57 € 88%	6.480,39 €	5.674,97 €	805,42 € 88%
14	5.038,90 €	4.400,07 €	638,83 € 87%	5.625,72 €	4.919,06 €	706,66 € 87%	5.944,61 €	5.201,12 €	743,49 € 87%
13	4.694,43 €	4.095,46 €	598,97 € 87%	5.281,25 €	4.614,44 €	666,81 € 87%	5.523,65 €	4.828,79 €	694,86 € 87%
12	4.592,40 €	4.005,20 €	587,20 € 87%	5.166,46 €	4.512,89 €	653,57 € 87%	5.421,59 €	4.738,55 €	683,04 € 87%
11	4.145,91 €	3.610,32 €	535,59 € 87%	4.700,83 €	4.101,10 €	599,73 € 87%	4.955,97 €	4.326,74 €	629,23 € 87%
10	3.890,80 €	3.384,67 €	506,13 € 87%	4.375,54 €	3.813,39 €	562,15 € 87%	4.490,35 €	3.914,94 €	575,41 € 87%
9	3.546,35 €	3.080,06 €	466,29 € 87%	3.865,28 €	3.362,10 €	503,18 € 87%	4.120,39 €	3.587,74 €	532,65 € 87%
8	3.044,26 €	2.628,77 €	415,49 € 86%	3.168,10 €	2.741,59 €	426,51 € 87%	3.246,12 €	2.812,67 €	433,45 € 87%
7	2.920,41 €	2.515,94 €	404,47 € 86%	3.013,29 €	2.600,56 €	412,73 € 86%	3.099,99 €	2.679,53 €	420,46 € 86%
6	2.827,51 €	2.431,33 €	396,18 € 86%	2.908,02 €	2.504,66 €	403,36 € 86%	2.988,53 €	2.561,07 €	427,46 € 86%
5	2.716,05 €	2.329,78 €	386,27 € 86%	2.802,74 €	2.408,76 €	393,98 € 86%	2.864,67 €	2.442,62 €	422,05 € 85%
4	2.598,39 €	2.222,60 €	375,79 € 86%	2.685,09 €	2.301,57 €	383,52 € 86%	2.735,85 €	2.329,78 €	406,07 € 85%
3	2.486,92 €	2.121,06 €	365,86 € 85%	2.561,25 €	2.188,75 €	372,50 € 85%	2.629,35 €	2.225,98 €	403,37 € 85%
2	2.276,39 €	1.929,26 €	347,13 € 85%	2.412,58 €	2.053,37 €	359,21 € 85%	2.555,04 €	2.131,22 €	423,82 € 83%
1	1.818,14 €	1.668,64 €	149,50 € 92%	1.852,79 €	1.668,64 €	184,15 € 90%	1.941,97 €	1.668,64 €	273,33 € 86%

2017 Entgelttabelle Südharz-Klinikum • sonst. Personal Brücke

Stufe Gruppe	1			2			3		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü				5.587,46 €	4.581,21 €	1.006,25 € 82%	6.193,36 €	5.083,76 €	1.109,60 € 82%
15	4.380,63 €	3.580,33 €	800,30 € 82%	4.860,31 €	3.978,14 €	882,17 € 82%	5.038,90 €	4.126,26 €	912,64 € 82%
14	3.967,32 €	3.237,53 €	729,79 € 82%	4.401,04 €	3.597,25 €	803,79 € 82%	4.656,17 €	3.808,86 €	847,31 € 82%
13	3.657,34 €	2.980,43 €	676,91 € 81%	4.056,62 €	3.311,59 €	745,03 € 82%	4.273,50 €	3.491,45 €	782,05 € 82%
12	3.279,57 €	2.666,19 €	613,38 € 81%	3.635,65 €	2.962,44 €	673,21 € 81%	4.145,91 €	3.385,65 €	760,26 € 82%
11	3.168,10 €	2.570,98 €	597,12 € 81%	3.508,11 €	2.856,64 €	651,47 € 81%	3.763,23 €	3.068,24 €	694,99 € 82%
10	3.056,61 €	2.475,76 €	580,85 € 81%	3.380,51 €	2.750,84 €	629,67 € 81%	3.635,65 €	2.962,44 €	673,21 € 81%
9	2.711,10 €	2.180,57 €	530,53 € 80%	2.994,70 €	2.422,86 €	571,84 € 81%	3.143,33 €	2.549,82 €	593,51 € 81%
8	2.543,89 €	2.037,74 €	506,15 € 80%	2.808,91 €	2.264,16 €	544,75 € 81%	2.932,80 €	2.369,96 €	562,84 € 81%
7	2.387,86 €	1.904,43 €	483,43 € 80%	2.635,53 €	2.116,03 €	519,50 € 80%	2.796,54 €	2.253,58 €	542,96 € 81%
6	2.343,24 €	1.866,34 €	476,90 € 80%	2.586,00 €	2.073,71 €	512,29 € 80%	2.709,84 €	2.179,51 €	530,33 € 80%
5	2.249,11 €	1.785,93 €	463,18 € 79%	2.480,74 €	1.983,78 €	496,96 € 80%	2.598,39 €	2.084,29 €	514,10 € 80%
4	2.142,59 €	1.694,94 €	447,65 € 79%	2.363,07 €	1.883,27 €	479,80 € 80%	2.511,69 €	2.010,23 €	501,46 € 80%
3	2.109,19 €	1.666,38 €	442,81 € 79%	2.325,89 €	1.851,53 €	474,36 € 80%	2.387,86 €	1.904,43 €	483,43 € 80%
2	1.953,10 €	1.564,81 €	388,29 € 80%	2.152,51 €	1.703,40 €	449,11 € 79%	2.214,44 €	1.756,30 €	458,14 € 79%
1		1.564,81 €		1.751,25 €	1.564,81 €	186,44 € 89%	1.780,97 €	1.564,81 €	216,16 € 88%

Stufe Gruppe	4			5			6		
	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz	TVöD	Haustarif	Differenz
15 Ü	6.767,42 €	5.559,87 €	1.207,55 € 82%	7.150,14 €	5.877,27 €	1.272,87 € 82%	7.239,42 €	5.951,34 €	1.288,08 € 82%
15	5.676,72 €	4.655,27 €	1.021,45 € 82%	6.161,47 €	4.972,67 €	1.188,80 € 81%	6.480,39 €	5.078,47 €	1.401,92 € 78%
14	5.038,90 €	4.126,26 €	912,64 € 82%	5.625,72 €	4.422,51 €	1.203,21 € 79%	5.944,61 €	4.528,31 €	1.416,30 € 76%
13	4.694,43 €	3.840,60 €	853,83 € 82%	5.281,25 €	4.105,10 €	1.176,15 € 78%	5.523,65 €	4.210,91 €	1.312,74 € 76%
12	4.592,40 €	3.755,95 €	836,45 € 82%	5.166,46 €	3.967,56 €	1.198,90 € 77%	5.421,59 €	4.073,36 €	1.348,23 € 75%
11	4.145,91 €	3.385,65 €	760,26 € 82%	4.700,83 €	3.544,35 €	1.156,48 € 75%	4.955,97 €	3.650,15 €	1.305,82 € 74%
10	3.890,80 €	3.174,05 €	716,75 € 82%	4.375,54 €	3.385,65 €	989,89 € 77%	4.490,35 €	3.438,55 €	1.051,80 € 77%
9	3.546,35 €	2.888,39 €	657,96 € 81%	3.865,28 €	3.047,09 €	818,19 € 79%	4.120,39 €	3.174,05 €	946,34 € 77%
8	3.044,26 €	2.465,18 €	579,08 € 81%	3.168,10 €	2.539,24 €	628,86 € 80%	3.246,12 €	2.579,44 €	666,68 € 79%
7	2.920,41 €	2.359,38 €	561,03 € 81%	3.013,29 €	2.422,86 €	590,43 € 80%	3.099,99 €	2.467,30 €	632,69 € 80%
6	2.827,51 €	2.280,02 €	547,49 € 81%	2.908,02 €	2.317,06 €	590,96 € 80%	2.988,53 €	2.358,32 €	630,21 € 79%
5	2.716,05 €	2.184,80 €	531,25 € 80%	2.802,74 €	2.221,83 €	580,91 € 79%	2.864,67 €	2.253,58 €	611,09 € 79%
4	2.598,39 €	2.084,29 €	514,10 € 80%	2.685,09 €	2.126,61 €	558,48 € 79%	2.735,85 €	2.153,06 €	582,79 € 79%
3	2.486,92 €	1.989,07 €	497,85 € 80%	2.561,25 €	2.031,39 €	529,86 € 79%	2.629,35 €	2.066,30 €	563,05 € 79%
2	2.276,39 €	1.809,20 €	467,19 € 79%	2.412,58 €	1.883,27 €	529,31 € 78%	2.555,04 €	1.956,27 €	598,77 € 77%
1	1.818,14 €	1.564,81 €	253,33 € 86%	1.852,79 €	1.564,81 €	287,98 € 84%	1.941,97 €	1.564,81 €	377,16 € 81%

VERWALTUNGSGERICHT WEIMAR



BESCHLUSS

In dem Verwaltungsstreitverfahren

des Herrn Arndt Schelenhaus,
Wilhelm-Nebelung-Straße 11, 99734 Nordhausen,

- Antragsteller -

gegen

den Landrat des Landkreises Nordhausen,
Grimmelallee 23, 99734 Nordhausen,

- Antragsgegner -

Prozessbevollm.:
Bergerhoff Rechtsanwälte Partnerschaft mbB,
Alfred-Hess-Straße 22 a, 99094 Erfurt

beigeladen:

1. Herr Dr. med. Matthias Brucke,
Neue Reihe 28, 99734 Nordhausen, Ortsteil: Rodishain,
2. Herr Guido Hage,
Albert-Träger-Straße 11, 99734 Nordhausen,

zu 1 und 2 Prozessbevollm.:
Rechtsanwälte Koch und Boikat,
Bahnhofstraße 15/16, 99734 Nordhausen

wegen

Verfassung, Verwaltung und Organisation der Gemeinden und Gemeindeverbände /
kommunalen Gebietskörperschaften
hier: Eilverfahren nach § 123 VwGO

hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Weimar durch

den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Packroff,
die Richterin am Verwaltungsgericht Pirk und
die Richterin am Verwaltungsgericht Siegl

am 24. April 2017 **beschlossen:**

1. Dem Antragsgegner wird aufgegeben, den Antragsteller in nicht-öffentlicher Sitzung über die Höhe der jeweiligen Bezüge der beiden Geschäftsführer des Südharzklunikums gGmbH getrennt nach jährlichem Grundgehalt, jährlichen Boni und geldwerten Vorteilen schriftlich zu informieren. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
2. Die Kosten des Verfahrens tragen der Antragsteller 10 % und der Antragsgegner und die Beigeladenen zu je 45 %. Die außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen sind erstattungsfähig; zwischen dem Antragsgegner und den Beigeladenen findet keine Kostenerstattung statt.
3. Der Wert des Streitgegenstandes wird für die Zeit bis zur Abtrennung auf 15.000,00 €, für die Zeit danach auf 5.000,00 € festgesetzt.

G r ü n d e

Der am 26.01.2017 bei Gericht eingegangene Antrag des Antragstellers,

den Antragsgegner im Wege einer einstweiligen Anordnung zu aufzugeben, den Antragsteller sowie alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung sowie alle weiteren Mitglieder des Kreistages des Landkreises Nordhausen in schriftlicher Form zu informieren über die Höhe der jeweiligen Bezüge der beiden Geschäftsführer des Südharzklunikums gGmbH getrennt nach jährlichem Grundgehalt, jährlichen Boni und geldwerten Vorteilen,

hat teilweise Erfolg.

1. Der Antrag ist teilweise zulässig.

Er ist als Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 Abs. 1 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO - statthaft. In einem kommunalverfassungsrechtlichen Streitverfahren der vorliegenden Art wäre in der Hauptsache die allgemeine Leistungsklage die richtige Klageart, weil der Antragsteller als Teil des Kreisorgans Kreistag vom Antragsgegner auf Grundlage der das Verhältnis dieser beiden Organe regelnden kommunalrechtlichen Bestimmungen die Vornahme einer konkreten Handlung ohne Verwaltungsaktqualität begehrt (vgl. Thü-

rOVG, Urteil vom 14.11.2013 - 3 KO 900/11 - Juris Rdnr. 33). Ein Fall des § 80 Abs. 5 VwGO liegt daher nicht vor (§ 123 Abs. 5 VwGO).

Der Antragsteller ist hinsichtlich des von ihm geltend gemachten Anspruchs allerdings nur teilweise - soweit er die begehrten Informationen für seine Person einfordert - antragsbefugt. Soweit sein Begehren daneben auf die Information aller anderen Ausschuss- bzw. Kreistagsmitglieder gerichtet ist, ist der Antrag mangels Antragsbefugnis unzulässig.

In entsprechender Anwendung des § 42 Abs. 2 VwGO ist ein Antrag im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nach § 123 VwGO nur zulässig, wenn ein Antragsteller die Verletzung individueller Rechte geltend macht. In Kommunalverfassungsstreitigkeiten ist die Antragsbefugnis dann nicht gegeben, wenn sich das rechtsuchende Organ bzw. Organteil nicht auf Rechtsvorschriften berufen kann, die dem Schutz - auch - seiner organschaftlichen Stellung zu dienen bestimmt sind und damit eine Verletzung seiner organschaftlichen Rechte offensichtlich ausgeschlossen erscheint (vgl. VG Dresden, Beschluss vom 18.10.1995 - 4 K 2384/95 - Juris Rdnr. 4).

Vorliegend erscheint die Möglichkeit einer Verletzung organschaftlicher Rechte des Antragstellers als Kreistagsmitglied wegen der behaupteten Nichtherausgabe der begehrten Informationen ausgeschlossen, soweit er das Recht auf umfassende Information für die anderen Ausschuss- bzw. Kreistagsmitglieder geltend macht.

2. Der Antrag ist, soweit er zulässig ist, auch begründet.

Nach § 123 VwGO kann das Gericht eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte (§ 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO). Weiterhin sind einstweilige Anordnungen zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn diese Regelung, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern oder aus anderen Gründen nötig erscheint (§ 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO). Der Grund für die Dringlichkeit der Eilmaßnahme (Anordnungsgrund) und der Anspruch auf Regelung eines vorläufigen Zustandes (Anordnungsanspruch) sind glaubhaft zu machen (§ 123 Abs. 3 VwGO in Verbindung mit § 920 Abs. 2 Zivilprozessordnung).

Diese Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt. Der Antragsteller hat den für den Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung erforderlichen Anordnungsanspruch (a.) und einen Anordnungsgrund (b.) glaubhaft gemacht.

a. Der Anordnungsanspruch ist gegeben, weil bei der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gebotenen summarischen Prüfung überwiegend wahrscheinlich ist, dass der Antragsteller einen Anspruch auf Erteilung der begehrten Informationen hat. Dieser ergibt sich unmittelbar aus dessen verfassungsrechtlich vorgegebener Stellung als demokratisch gewähltes Kreis- tagsmitglied (Art. 28 Abs. 1 S. 2 Grundgesetz - GG -, Art. 95 Thüringer Verfassung) und des daraus resultierenden freien Mandats (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 42; VG Meiningen, Urteil vom 20.09.2011 - 2 K 140/11 - Juris Rdnr. 23; ferner [für das dortige Landesrecht] OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 05.02.2002 - 15 A 2604/99 - Juris Rdnr. 34), dessen Inhalt und Ausübung in dem mit § 24 Thüringer Kommunalordnung - ThürKO - (bzgl. der Mitglieder des Gemeinderats) textidentischen § 103 ThürKO geregelt ist. Die Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Wahrnehmung des Ehrenamtes umfasst für das Kreistagsmitglied insbesondere die Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages. Der Pflicht zur Teilnahme entspricht andererseits aber auch das Recht auf aktive Mitwirkung an den Kreistagssitzungen. Die Mitwirkung umfasst ein Frage-, Informations-, Rede- und Antragsrecht (vgl. Rücker/Dieter/Schmidt, Kommunalverfassungsrecht Thüringen, Stand 11/2013, Bd. 1, § 24 ThürKO Anm. 2). Denn die sachgerechte Ausübung des Rechts der Mitglieder des Kreistags zur Entscheidung über die einzelnen Beschlussgegenstände setzt die Möglichkeit zu umfassender Information über die Entscheidungsgrundlagen voraus. Eine Abstimmung über eine Frage, zu der den Kreistagsmitgliedern keine oder nur unvollständige Informationen zur Verfügung stehen, verfehlt ihren Zweck (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 05.02.2002, a.a.O., Rdnr. 31). Die nötigen Informationen besitzen sie allerdings nur im Ausnahmefall aufgrund eigener Kenntnis. Sie sind regelmäßig - zumal sie, anders als Parlamentsabgeordnete, ein Ehrenamt ausüben und nicht auf einen eigenen mit Personal und Sachmitteln ausgestatteten Apparat zurückgreifen können - in einem hohen Maß auf den Sachverstand angewiesen, der der vom Landrat geleiteten Verwaltung zur Verfügung steht (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 43). Dieser obliegt umgekehrt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass für die Mitglieder des Beschlussorgans - Kreistag - vermeidbare Unterschiede in den Bedingungen ihrer Mitwirkung an der Entscheidungsfindung nicht bestehen (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 05.02.2002, a.a.O., Rdnr. 31). Eine andere Sichtweise würde dem Verständnis einer gleichberechtigten Stellung beider Organe des Landkreises - Landrat und Kreistag - und deren (gegenseitigen) Kontrollmöglichkeiten

widersprechen. Einem freien, durch Wahl gewonnenen Mandat ist die Beschränkung auf eine ausschließlich vom Willen der Verwaltung abhängige Information fremd (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 44 m.w.N.).

Die allgemeinen Voraussetzungen des Informations- bzw. Auskunftsanspruchs liegen vor.

Den Anspruch macht der Antragsteller als Kreistagsmitglied geltend, so dass der Umfang seines Auskunftsanspruchs begrenzt ist durch den Kompetenzbereich zum einen des Landkreises und zum anderen des Kreistages. Die begehrte Auskunft muss mithin die dem Landkreis verfassungsrechtlich verbürgten Selbstverwaltungsangelegenheiten und die Zuständigkeiten des Kreistages betreffen. Der Auskunftsanspruch gegenüber dem Landrat kann sich dabei nur auf von ihm in seiner amtlichen Funktion als Leiter der Kreisverwaltung oder als gesetzlicher Vertreter des Landkreises erlangtes oder in zumutbarer Weise erlangbares Wissen beziehen (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 51 m.w.N.). Das Auskunftsbegehren des Antragstellers verlässt diese Grenzen nicht.

Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass es einer Begründung für die begehrte Information bzw. Auskunft nicht bedarf (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 52; VG Meiningen, Urteil vom 20.09.2011, a.a.O., Rdnr. 39). Eine solche ist gesetzlich nicht vorgegeben und ebenso wenig wie im parlamentarischen Bereich zwingend notwendig. Die Frage muss lediglich erkennen lassen, dass sie den Rahmen der beschriebenen Kompetenzen beachtet. Ist dies - wie nachfolgend näher ausgeführt wird - der Fall, so ist unschädlich, wenn hinter der Frage auch „allgemeinpolitische Erwägungen“ stehen, wie vom Antragsgegner behauptet.

Die Frage nach der Vergütung von Geschäftsführern von Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft (des Landkreises) betrifft Angelegenheiten dessen eigenen Wirkungskreises, nämlich die Organisation und Haushaltsführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge, die der Landkreis allein oder - wie hier - zusammen mit einer anderen kommunalen Körperschaft als (Mehrheits)Gesellschafter hält.

Die streitige Anfrage betrifft auch Kompetenzen des Kreistages, dem im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises zwar grundsätzlich keine operativen Geschäftsführungsbefugnisse, jedoch grundlegende Initiativ-, Entscheidungs- und Kontrollrechte zukommen (vgl. §§ 105 Abs. 2 S. 2, 26 Abs. 2 Nr. 11 und Nr. 14 ThürKO). So weist der Antragsteller zu Recht darauf hin, dass die von ihm nachgefragten Vergütungen der Geschäftsführer kommunaler Unternehmen offensichtlich den Betätigungs- und Interessenbereich des Kreista-

ges und damit des sich damit im Einzelnen befassenden Kreistagsmitglieds berühren. So liegt es nahe, dass diese etwa im Rahmen der dem Kreistag über das kommunale Budgetrecht zustehenden Haushalts- und Wirtschaftskontrolle von Interesse sein können (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 54).

Ausgehend von dem aufgezeigten Zweck des Informations- bzw. Auskunftsanspruchs als grundlegende Basis zur Ausübung des freien Mandats ist das Auskunftsrecht nicht beschränkt, etwa auf Gegenstände, die eine Mehrheit im Kreistag wissen will. Eine solche Sichtweise würde verkennen, dass das einzelne Kreistagsmitglied nicht lediglich unselbständiger, vom Willen der Mehrheit und den Vorgaben der Verwaltung, abhängiger Teil des Kreistages ist. Zwar sind Initiativen und Beschlüsse des Kreistages von entsprechenden Mehrheiten abhängig, dies beschränkt das Kreistagsmitglied jedoch nicht von vornherein, auch Informationen zu gewinnen, um solche Entscheidungen des Kreistages anzuregen (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 55).

Die Anfrage des Antragstellers bezieht sich ferner auf amtliches Wissen des in Anspruch genommenen Landrats als gesetzlichen Vertreters des Landkreises in kommunalen Unternehmensgremien. Soweit ihm aufgrund seines Kenntnisstandes aus der Tätigkeit als gesetzlicher Vertreter des Landkreises Nordhausen in den Organen der Südharzkllinikum gGmbH eine Beantwortung der vom Antragsteller gestellten Fragen derzeit nicht möglich sein sollte, ist er verpflichtet, sich als Vertreter der (Mehrheits)Gesellschafterin diesbezüglich unter Wahrnehmung der Auskunfts- und ggf. auch Einsichtsrechte jedes Gesellschafters nach § 51a GmbHG an den bzw. die Geschäftsführer der kommunalen Gesellschaft zu wenden (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 56).

Dem Informationsanspruch stehen auch keine anderweitigen gesetzlichen Bestimmungen entgegen.

Das Thüringer Oberverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 14.11.2013 (a.a.O.), die den auf die Vergütung des Geschäftsführers eines kommunalen Unternehmens gerichteten Auskunftsanspruch eines Stadtratsmitglieds gegen den Oberbürgermeister zum Gegenstand hatte, hierzu wie folgt ausgeführt:

„(a) Gesellschaftsrechtliche Bestimmungen verbieten nicht die Erfüllung des Auskunftsanspruchs. Insbesondere enthält das GmbH-Gesetz keine Bestimmungen, die sich mit der Beteiligung der öffentlichen Hand an der Gesellschaft und daraus zu ziehenden Folgerungen befassen. Eine ausdrückliche Regelung einer Auskunftsverpflichtung findet sich nur in der Regelung des § 51a GmbHG, der jedoch allein das Innenverhältnis zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern betrifft und nichts zu Auskunftspflichten im Verhält-

nis der Organe eines Gesellschafters bestimmt (vgl. BGH, Beschluss vom 10. Februar 2005 - III ZR 294/04 - juris Rnr. 17). Im Übrigen ist auch nicht ansatzweise etwas dafür ersichtlich, dass möglicherweise ein Antwortverweigerungsrecht des Beigeladenen gegenüber dem Gesellschafter nach § 51a Abs. 2 GmbHG besteht. Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Stadt Suhl die Informationen zu gesellschaftsfremden Zwecken verwenden und dadurch der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zufügen wird.

(b) Eine Beschränkung des klägerischen Auskunftsanspruchs folgt nicht aus § 75a Abs. 2 Nr. 3 ThürKO i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB. Bereits der Anwendungsbereich dieser Norm ist nicht eröffnet. Mit dieser Bestimmung wird allein der inhaltliche Umfang des jährlich von der Gemeinde zu erstellenden Berichts über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar und - mit einschränkenden Maßgaben - mittelbar beteiligt ist, näher konkretisiert. In diesem Beteiligungsbericht unterbleiben Angaben über die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder entsprechender Organe des Unternehmens, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen. Diese Regelung bezieht sich aber bereits nach dem Wortlaut und der systematischen Einordnung nicht auf die Auskunftsrechte des Gemeinderates nach der Kommunalordnung oder dem - ungeschriebenen - Auskunftsanspruch des Gemeinderatsmitglieds. Einer uneingeschränkten Übertragung der Norm stehen zudem die unterschiedlichen Zwecke der kommunalrechtlichen Institute entgegen. Zwar wendet sich der Beteiligungsbericht an den Gemeinderat und die Rechtsaufsichtsbehörde; er ist jedoch auf Publizierung darüber hinausgehend angelegt, wie auch die Stadt Suhl in der Vergangenheit verfahren ist. Die Beantwortung der Anfrage des Stadtratsmitglieds - jedenfalls in der hier streitgegenständlichen Form - wendet sich ausschließlich an den Gemeinderat, dessen Mitglieder in nichtöffentlicher Sitzung informiert werden und den besonderen Vertraulichkeitsverpflichtungen unterworfen sind.

(c) Die Pflicht zur Beantwortung von Anfragen kann allerdings dadurch begrenzt sein, dass sie als Ausübung öffentlicher Gewalt die grundrechtlich geschützten Positionen privater Dritter zu beachten hat, also hier insbesondere deren datenschutzrechtliche Belange. Der Senat folgt jedoch im Ergebnis der Feststellung des Verwaltungsgerichts, dass die Schutzansprüche des Beigeladenen aufgrund des durch das Bundesverfassungsgericht entwickelten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und auch landesverfassungsrechtlich verbürgten Datenschutzanspruchs nach Art. 6 ThürVerf nicht verletzt werden. Zwar handelt es sich bei den von der Anfrage angeforderten Angaben um grundsätzlich dem Schutzbereich der genannten Grundrechte unterliegende personenbezogene Daten. Die Preisgabe dieser Daten beruht jedoch auf dem gesellschaftsrechtlichen Auskunftsanspruch des Gesellschafters, hier - vermittelt durch weitere kommunale Unternehmen - letztlich der Stadt Suhl. Organ des Gesellschafters ist aber nicht allein der Bürgermeister, sondern ebenso der Gemeinderat und seine Mitglieder. Sind also die Vergütungen des Geschäftsführers gegenüber dem Gesellschafter offenzulegen, kann dies nicht von vorneherein auf ein Organ dieses Gesellschafters verengt werden, jedenfalls dann nicht, wenn - wie oben entwickelt - zwischen diesen oder dessen Teilen eine Informationspflicht aufgrund eines der Rechtsordnung innerwohnenden Auskunftsanspruchs besteht. Der Gemeinderat und dessen Mitglieder sind - so zutreffend das Verwaltungsgericht - nicht unberechtigter Dritter, sondern Organ bzw. Organteile des Gesellschafters; die Information verbleibt, jedenfalls im vorliegend verlangten Umfang einer Auskunftserteilung in nicht öffentlicher Sitzung, im Innenraum dieses Rechtsverhältnisses.

Hierbei ist auch zu beachten, dass der Beigeladene Geschäftsführer einer von der öffentlichen Hand beherrschten Gesellschaft ist, die weitergehenden rechtlichen Regelungen und Beschränkungen - wie einer Grundrechtsbindung (vgl. grundlegend: BVerfG, Urteil vom 22. Februar 2011 - 1 BvR 699/06 - BVerfGE 128, 226) - unterliegt als andere private Unternehmen (vgl. nur Becker, in: Rechtspraxis der kommunalen Unternehmen, 2. Aufl., S. 161 ff.). Zwar ist der öffentlichen Hand im Allgemeinen und den Thüringer Kommunen

im Besonderen nach den Bestimmungen der Kommunalordnung ermöglicht, die Handlungsinstrumente des Zivilrechts für ihre Aufgabenwahrnehmung zu nutzen. Sie können sich dadurch jedoch nicht ihren öffentlich-rechtlichen Bindungen entziehen, ebenso wenig können einzelne Organe der Kommune mit Hinweis auf die Privatisierung ansonsten bestehende Auskunftsansprüche anderer Organe verneinen.“

Diesen überzeugenden Darlegungen schließt sich die erkennende Kammer an und hält sie ohne weiteres auf den vorliegend in Streit stehenden Auskunftsanspruch eines Kreistagsmitglieds gegenüber dem Landrat übertragbar.

Die berechtigten Interessen der Beigeladenen werden nach Auffassung der Kammer dadurch hinreichend berücksichtigt, dass die Informationen über die Geschäftsführerbezüge nach dem Antrag des Antragstellers nicht veröffentlicht werden sollen, sondern - worauf seine Ausführungen unter Nr. 3 im Schriftsatz vom 31.01.2017 und seine Einlassungen zur Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht hindeuten - in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen sollen. Damit ist - wegen der insoweit nach §§ 112 i.V.m. 40 Abs. 2 S. 2 ThürKO bestehenden Geheimhaltungspflicht und der sich aus § 94 Abs. 3 S. 1 ThürKO ergebenden Verschwiegenheitspflicht der ehrenamtlich tätigen Kreistagsmitglieder, deren Verletzung nach § 94 Abs. 3 S. 2 ThürKO sanktioniert ist - sichergestellt, dass eine Weitergabe der Daten an unberechtigte Dritte oder die Öffentlichkeit unterbleibt (vgl. ThürOVG, Urteil vom 14.11.2013, a.a.O., Rdnr. 62). Dafür, dass im hier vorliegenden Fall eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht zu besorgen wäre, bestehen nach Auffassung der Kammer keine hinreichend konkreten Anhaltspunkte. Es ist zum einen weder dargetan noch ersichtlich, dass gegenüber dem Antragsteller in der Vergangenheit wegen der Verletzung seiner Pflicht zur Verschwiegenheit Sanktionsmaßnahmen ergriffen worden wären. Dass - wie die Bevollmächtigten der Beigeladenen vortragen - im politischen Meinungskampf, der in politischen Gremien wie dem Kreistag geführt werde, eine „latente Gefahr“ der unzulässigen Weitergabe von Informationen bestehe, die der Geheimhaltung unterliegen, reicht für eine konkrete Besorgnis der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nicht aus. Das gleiche gilt für die in den Schriftsätzen der Antragsgegner- und Beigeladenenseite wiedergegebenen öffentlichen Äußerungen des Antragstellers; insbesondere ist etwa der Forderung nach einer Öffentlichmachung der Geschäftsführerbezüge nicht zu entnehmen, dass er auch Informationen, die bekanntermaßen der Geheimhaltungspflicht unterliegen, weitergeben bzw. öffentlich machen werde.

Der Anspruch des Antragstellers auf Erhalt der begehrten Informationen in nicht öffentlicher Sitzung schließt nach Ansicht der Kammer die Erteilung der Informationen in schriftlicher Form nicht aus. Dies folgt aus der Erwägung, dass es den an nicht öffentlichen Sitzungen Teilnahmeberechtigten wohl gestattet sein dürfte, sich von den behandelten Beratungsgegen-

ständen und Beratungsinhalten handschriftliche Notizen zu machen, die ohne weiteres ebenfalls der Geheimhaltungspflicht unterliegen. Damit dürfte aber auch nichts dagegen sprechen, den mündlichen Vortrag, d.h. hier „die Zahlen“, von vornherein in schriftlicher Form aufzubereiten und dem Antragsteller formlos zu übergeben.

b. Die Dringlichkeit der begehrten gerichtlichen Entscheidung - der Anordnungsgrund - folgt aus dem Umstand, dass dem Antragsteller durch die Vorenthaltung der begehrten Informationen die Verwirklichung seiner organschaftlichen Rechte als Kreistagsmitglied vereitelt oder wesentlich erschwert wird. Zur Vorbereitung der Beschlussfassungen über die Haushaltssatzung des Landkreises Nordhausen für das Haushaltsjahr 2017 in der Kreistagssitzung am 25.04.2017 ist der Antragsteller darauf angewiesen, sich kurzfristig anhand der zu erteilenden Auskünfte bzw. Informationen über den Beschlussinhalt zu informieren. Nach der genannten Sitzung droht dieser Informationsanspruch des Antragstellers ins Leere zu gehen.

Die aus dem Tenor ersichtliche vorläufige Regelung widerspricht auch nicht dem Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache. Grundsätzlich ausgeschlossen ist eine Regelung, die rechtlich oder zumindest faktisch auf eine Vorwegnahme der Hauptsache hinausläuft. So verhält es sich hier, denn im Falle der Herausgabe der begehrten Informationen könnten diese aus tatsächlichen Gründen nach einer Hauptsacheentscheidung nicht mehr zurückgenommen werden. Dieses Verbot gilt jedoch im Hinblick auf Art. 19 Abs. 4 GG dann nicht, wenn eine bestimmte Regelung zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes schlechterdings notwendig ist, die sonst zu erwartenden Nachteile für den Antragsteller unzumutbar und in der Hauptsache nicht mehr zu beseitigen wären und ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg in der Hauptsache spricht. Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Angesichts dessen, dass in der Kreistagssitzung am 25.04.2017 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen werden soll, liegt es auf der Hand, dass der Anspruch des Antragstellers, würde er auf das Hauptsacheverfahren verwiesen, ins Leere liefe (vgl. VG Gießen, Beschluss vom 27.03.2015 - 8 L 37/15.GI - Juris Rdnr. 26).

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 155 Abs. 1, 162 Abs. 3 VwGO. Die Beigeladenen haben einen Sachantrag gestellt und sich damit einem Kostenrisiko ausgesetzt, vgl. § 154 Abs. 3 VwGO. Die Festsetzung des Streitwerts folgt aus §§ 52 Abs. 2, 53 Abs. 2 Nr. 2 GKG und trägt dem Umstand Rechnung, dass der Antrag ursprünglich auf drei unterschiedliche Auskunftsbefehle, zum einen zur Höhe der Geschäftsführerbezüge (der ursprüngliche Antrag zu 1) und zum anderen zum Wirtschafts- und Finanzplan sowie zu den Haustarifverträgen (die im Laufe des Verfahrens abgetrennten Anträge zu 2. und 3.), gerichtet war (vgl. VG Berlin,

Beschluss vom 13.03.2017 - 27 L 502.16 - Juris Rdnr. 104). Wegen der mit der Entscheidung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes verbundenen Vorwegnahme der Hauptsache hat das Gericht davon abgesehen, den Streitwert zu reduzieren.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diesen Beschluss steht den Beteiligten und den sonst von der Entscheidung Betroffenen die **Beschwerde** an das Thüringer Oberverwaltungsgericht zu.

Die Beschwerde ist bei dem **Verwaltungsgericht Weimar**, Jenaer Straße 2 a, 99425 Weimar, innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung des Beschlusses einzulegen.

Die Beschwerde ist innerhalb **eines Monats** nach Zustellung des Beschlusses zu **begründen**. Die Begründung ist - wenn sie nicht bereits mit der Beschwerdeeinlegung erfolgt - beim Thüringer Oberverwaltungsgericht, Jenaer Straße 2 a, 99425 Weimar, einzureichen.

Gegen die **Festsetzung des Streitwertes** in dem Beschluss steht den Beteiligten und den sonst von der Entscheidung Betroffenen die **Beschwerde** an das Thüringer Oberverwaltungsgericht zu, wobei es insoweit einer Begründung nicht bedarf.

Die Streitwertbeschwerde ist bei dem **Verwaltungsgericht Weimar**, Jenaer Straße 2 a, 99425 Weimar, einzulegen. Sie ist nur zulässig, wenn die Beschwerde innerhalb von **sechs Monaten** eingelegt wird, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat. Ferner muss der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 € übersteigen.

Hinweis: Für das Beschwerdeverfahren (mit Ausnahme der Streitwertbeschwerde) besteht **Vertretungszwang** nach Maßgabe des § 67 Abs. 2 und 4 VwGO.

Packroff

Pirk

Siegl



Beglaubigt:

Weimar, den 26. April 2017

Spieler

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle